Bericht aus dem Planungsauschuss zur Situation in den Gebieten rund um die „Bergspitze“ auf Seite 6

ALiNa

Altonaer Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 7 • Sommer 2015

Altona im Juni 2015

Bürgerwille ist nicht erwünscht

Seit 2006 hat es in Altona sieben erfolgreiche Bürgerbegehren gegeben, von denen sechs in die Tonne getreten wurden: Erhalt des Bismarckbades, Kein Verkauf der Altonaer Kleingärten, Erhalt des Buchenhofwaldes, kein IKEA in der Großen Bergstraße, den Bürgerwillen verbindlich machen, Wohnen statt Büros auf dem Zeise-Parkplatz. Beachtet wurde lediglich das Bürgerbegehren Pro IKEA, das zum Bürgerentscheid zugelassen wurde, während das gegenläufige Bürgerbegehren mit einem Trick ausgehebelt wurde.

Diesbezüglich heißt es bereits im Kommunistischen Manifest von 1848 „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet.“ Dieser Satz hat 167 Jahre später in keiner Weise an Bedeutung verloren und trifft heute genauso zu wie damals. Bei all diesen Bürgerbegehren/Bürgerentscheiden ging es um den demokratisch organisierten und zum Ausdruck gebrachten Protest der Bevölkerung gegen Groß-Bauvorhaben, die von der Verwaltung und der ihr angegliederten Bezirkspolitik ermöglicht werden sollten. Um die Bürgerbegehren bzw. Bürgerentscheide ins Leere laufen zu lassen, ersann die Verwaltungsbürokratie immer wieder neue Wege, um dem Verhinderungsverfahren des Protestes ein scheinbar legales Mäntelchen umzuhängen. Die Darstellung dieser verschiedenen Tricksereien würde an dieser Stelle zu weit führen, zumal sie an juristischer Spitzfindigkeit kaum zu überbieten und deshalb auch nur sehr schwer zu erklären sind, denn dass ein einmal erteilter Bauvorbescheid unter bestimmten Umständen im Zuge der Genehmigungsfiktion eine Baugenehmigung regelhaft nach sich zieht, gehört sicherlich genauso wenig zum politischen Allgemeinwissen wie die Aspekte der innerbehördlichen Grobabstimmung, die ein durch Bürgerentscheid gefordertes Bebauungsplanverfahren – was auch die Nichtbebauung beinhalten kann – mit einem Federstrich aushebeln kann.

Baugrube Zeise II: Statt Wohnungen entstehen Büros

(Fortsetzung Seite 2)

Stadtteilschule Königstraße muss erhalten bleiben!

Informationsveranstaltung zur Entwicklung der Schulen an der Struenseestraße/Königstraße

Auf der Veranstaltung der Linken in Altona-Altstadt wurden die Informationen zum Stand der Veränderungen an der Schule Königstrasse zusammengetragen. Die längerfristigen Planungen zum Struensee-Quartier werden von den neuesten Beschlüssen der Schulbehörde, an diesem Ort ein Gymnasium aufzubauen und die Stadtteilschule zu schließen, noch einmal zugespitzt.

Die geplante Schließung der Stadtteilschule Königstrasse lehnen wir ab! In den Anhörungen zur Entwicklung des Struensee-Quartiers war immer von einer Stadtteilschule die Rede. Die jetzigen Planungen wurden ohne Einbeziehung der Schule und der Eltern am 6. Mai beschlossen und am 7. Mai verkündet. Danach soll schon im Sommer ein neues Gymnasium institutionalisiert werden, das im August 2016 vierzügig seinen Betrieb aufnimmt. Die Stadtteilschule soll dann fließend im Laufe der Jahre auslaufen und in die beiden anderen Standorte der Schule St. Pauli und Neustadt integriert werden. Die Ganztagsgrundschule bleibt erhalten. Damit soll eine Stadtteilschule geschlossen werden, die eng mit einem Quartier von Altona-Altstadt verbunden ist, das hohe Anforderungen an die soziale Integration stellt. Das drückt sich auch in den fünf Vorbereitungsklassen aus, die Flüchtlingskinder für den Schulbesuch vorbereiteen – eine Anstrengung, die an dieser Schule mit großem Erfolg organisiert wurde.

Wir stellen fest: Dieses Viertel braucht eine Stadtteilschule! Politisch halten wir den vom rot-grünen Senat eingeschlagenen Weg für falsch. Die Stadtteilschulen sollen und müssen gestärkt und nicht geschlossen und geschwächt werden.

Die Sanierung und der Abriss der Gebäude sollen in diesem Jahr durchgeführt werden, in einem kaum zu realisierenden Zeitplan.

(Fortsetzung Seite 3)

Bürgerwille ist nicht erwünscht

(Fortsetzung von Seite 1)

Im Folgenden möchte ich dies am Beispiel des Zeiseparkplatzes (Zeise II), eines der zahlreichen Bauprojekte, das derzeit die Gemüter in Ottensen, Bahrenfeld und Altona-Altstadt verständlicherweise besonders berührt, aufzeigen.

Zeise II

Auf dem letzten freien Teilstück des Geländes der Ende der 70er Jahre geschlossenen Schiffsschraubenfabrik Theodor Zeise befand sich seit Abriss der Hallen an der Ecke Friedensallee/Behringstr. ein Parkplatz, der vor allem von Besuchern des Kinos in der danebengelegenen restaurierten Halle Zeise I genutzt wurde. Zu einer Zeit als Hamburg noch keine Boomtown war, wurde Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre ein Bebauungsplan (B-Plan Ottensen 49) beschlossen, der das Gelände als Gewerbegebiet auswies. Da sich allerdings kein interessierter Gewerbe-Investor fand und die Wohnungsnot durch das Konzept ‚Wachsende Stadt' als Tor zum inzwischen offenstehenden Osten ständig anwuchs, wandte die Stadt sich als Eigentümerin des Geländes an den Eigentümer der Halle Zeise I, die Fa. Procom, und schlug dieser vor, das Gelände aufzukaufen, um dort weitgehend Wohnungsbau mit etwas Gewerbe im Erdgeschoss zu veranstalten.

Baugrube Zeise II: Trotz wachsender Proteste im Stadtteil schreitet der Bau des Büroturms voran

Um dieses Vorhaben in Ruhe mittels eines hochbaulichen Wettbewerbes planen zu können, wurde Procom das Gelände mit einer Kaufoption anhand gegeben. Procom zeigte sich interessiert und führte einen entsprechenden Wettbewerb durch, dessen Ergebnis von allen Parteien und der Öffentlichkeit gutgeheißen wurde, weswegen man darauf verzichtete, ein langwieriges Verfahren zur Änderung des B-Planes durchzuführen. Unmittelbar nach der Bezirkswahl Ende Mai 2014 erfuhren die Fraktionen der Bezirksversammlung und die Presse, dass der Investor Procom nun in Verbindung mit dem Entwickler Quantum plane, ein reines Bürogebäude für die Hamburger Gliederung Scholz & friends der größten Werbeagentur der Welt WPP an dieser Stelle zu errichten.

Bereits am 1. August gab es eine erste Demonstration durch Ottensen gegen diese Pläne, Mitte September die nächste. Dabei richtete der Protest sich nicht nur gegen den Umstand, dass bei einem hamburgweiten Leerstand von 1,3 Mio qm Büroflächen der Senat ein weiteres innerstädtisches Gelände für einen Büroneubau verkaufen wollte, sondern dieses Gelände dem Investor ausdrücklich für sozialen Wohnungsbau anhand gegeben hatte. Dennoch wurde das Grundstück im Oktober dem Investor verkauft. Die beiden Altonaer Vertreter in der Kommission für Bodenordnung, die Fraktionsvorsitzenden von SPD (Adrian) und CDU (Szczesny) stimmten dem Verkauf zu, wie sie öffentlich erklärten. Damit war klar, dass die Pläne von Procom baurechtlich nicht mehr zu stoppen sein würden, sofern sie sich an die Vorgaben des B-Planes hielten. Das taten sie in einem ersten Bauantrag zunächst nur teilweise. Da nun Ende Oktober ein Bürgerbegehren gegen die Bürobebauung gestartet wurde, entschloss man sich, den Bauantrag zurückzuziehen und in zwei Anträge aufzuteilen. Einen für die Ausbaggerung einer Baugrube, der ohne größeren Prüfungsbedarf noch vor Inkrafttreten des Suspensiv-(Sperr)effektes durch das Bürgerbegehren durch das Amt und den Bauausschuss (dort mit den Stimmen von SPD, CDU und zweien der 3 Grünen-Vertreter) durchgepeitscht wurde. Wenige Tage später rückten die Bagger an und begannen ihr inzwischen fertiggestelltes Werk. Der zweite Bauantrag für den Hochbau wurde ohne Befreiungen und ohne Beteiligung als Vorbescheid erteilt und zog dann die Baugenehmigung nach sich. Dass dies ohne Inkenntnissetzung des Bauauschusses und wenige Tage vor dem Vermittlungsgespräch mit den Vertrauensleuten der Bürgerinitiative geschah, ist zwar ein miserabler Stil, der die Haltung des Amtes zu Bürgerbeteiligung dokumentiert, ist aber letztlich nur die konsequente Umsetzung der vorangegangenen politischen Beschlüsse des SPD-Senats sowie der SPD, CDU und Grünen in Altona.

Bemerkenswert am Rande: die Behauptung, dass durch den Büroneubau über 800 Arbeitsplätze geschaffen würden, ist eine der vielen Lügen in diesem Zusammenhang. Die Firma verlagert lediglich ihren bisherigen Hauptstandort in der Hafen-City nach Ottensen und konzentriert hier zwei weitere Standorte aus Barmbek und Bahrenfeld.

Robert Jarowoy (Planungspolitischer Sprecher DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona)

Die ALiNa hat eine Namensschwester!

Vor 156 Jahren, am 15. Juni 1859, nahm das Dampfboot „Alina" den Linienverkehr vom Jungfernstieg nach Winterhude auf.

Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Alsterdampfer

Berichtigung

In der Frühjahrsausgabe 2014 der Alina (Nr. 4) wurde der Artikel „Bericht von der Bundesfrauenkonferenz" mit Inge Hannemann unterzeichnet. Den Artikel hat aber **Hildegard Heinemann** verfasst.
Wir bitten Hildegard und auch unsere LeserInnen wegen dieser Verwechslung um Entschuldigung.

Die Alina-Redaktion

Stadtteilschule Königstraße muss erhalten bleiben!

(Fortsetzung von Seite 1)

Dieses übereilte Vorgehen der Behörde lässt eine chaotische Bauplanung und Bauphase erwarten. Bisher sind dem Bezirk keine Planungen vorgelegt worden. Wie ist das mit dem Wohnungsbau, ist der jetzt verschwunden? Wo sollen welche Gebäude wie saniert und neu errichtet werden?
Der bisher vom Bezirk geplante Wohnungsbau auf diesem Gelände ist zumindest überdimensioniert. Die Planungen können die Anwohnerinnen und Anwohner und auch die Lehrerinnen und Lehrer nicht überzeugen.
Wir halten eine Sanierung und Umbauten auf dem Schulgelände für überfällig. Aber es wird nicht nur saniert, sondern das Schulareal wird durch den beabsichtigten Wohnungsbau stark eingeengt und die bisher freien, großzügig geschnittenen Flächen werden stark verkleinert. Eine solche Verdichtung des Schulgeländes werden wir nicht akzeptieren.
Das reiht sich in eine Altonaer Entwicklung ein, die schon eine eingequetschte Stadtteilschule in der Neuen Mitte Altona plant, die sehr hoch geplant wird und keinen eigenständigen Freiraum für Schüler haben soll. Zusätzlich befindet sich das Gelände auf privaten Grund und Boden und muss daher „auf Ewigkeit" Pacht bezahlen. Die Eigentumsverhältnisse im Struensee-Quartier dürfen sich nicht ändern!
Eine Verdichtung von Schulgelände lehnen wir ab! In der Bürgerbeteiligung wurde von den Behörden das Argument vorgebracht, dass durch den Wohnungsbau die Sanierung und der Neubau der Schulgebäude finanziert werden können. Dieses Argument ist eine Provokation. Die Sanierung der Schulen gehört zu den ureigenen Aufgaben der Stadt. Und wir halten gute Schulflächen für eine wichtige Grundlage einer erfolgreichen Schule. In Lurup haben sich die Eltern der Stadtteilschule durchgesetzt. Dort sollte mit der gleichen Begründung der Pausenhof „ziemlich klein" werden – wie der Schulbehörden-Newsletter vermeldete. Aber im Mai waren Schüler und Eltern erfolgreich: Es werden keine Wohnungen auf dem Gelände der Stadtteilschule Lurup gebaut.

Die Linke fordert den Erhalt der Stadtteilschule Königstraße

Das Vorgehen der Schulbehörde in Zusammenarbeit mit der Finanzbehörde ist ebenso eine Frechheit gegenüber der Bürgerbeteiligung. Erst eine schöne allgemeine Diskussionen unter der Vorgabe einer Stadtteilschule. Dann ohne Informationen die Verkündigung eines Gymnasiums, überhastete Informationen an Schule und Eltern und keine Diskussion.
Nur der geplante Name „Struensee" findet unsere volle Unterstützung. Er steht für eine liberale und soziale Tradition in Altona. Es ist damit der richtige Name für eine Stadtteilschule. Aber der Drops ist noch nicht gelutscht.

Norbert Hackbusch (DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft)

INHALTSVERZEICHNIS:

1	Bürgerwille ist nicht erwünscht
1	Stadtteilschule Königstraße muss erhalten bleiben!
4	Skandal in der „Neuen Mitte Altona": Klima-Modellquartier ohne Klimaschutz
5	Wohnen mit und ohne Mietpreisbindung
6	Aus der Bezirksversammlung und den Ausschüssen: Wie sozialer Wohnungsbau umgangen wird
7	Keine kommerzielle Baupolitik in Altona ohne Kettensäge
8	Rettet den Volksentscheid!
8	Putsch im Rathaus: Volksgesetzgebung vor dem Aus
9	Überfällig: Streiks für die Zukunft der Kinder und für höhere Löhne!
10	Kinderarmut in Deutschland
12	Hamburg für alle – sozialgerecht und solidarisch!
	Auszüge aus der Rede von Cansu Özdemir zur Regierungserklärung von Olaf Scholz
13	Olympia in Hamburg – mit Karacho ins Desaster?
14	Alle Rüstungstransporte durch den Hamburger Hafen verbieten!
15	Griechenland: Euro-Stress – Aufschwung behindert, Geld verbrannt
16	Hingeschaut: Wie lebt es sich in einer Wohnunterkunft im Bezirk Altona?
17	Die Einheitsgemeinde in Hamburg – und warum sie weg muss
18	Kommentar zum NSU-Skandal und NPD-Verbot: Schnee von gestern...?
19	Bilderrätsel
19	Bücherkiste Links: Der subjektive Faktor in der Übergangsgesellschaft
20	Regelmäßige Termine
20	Impressum

Skandal in der „Neuen Mitte Altona“

Klima-Modellquartier ohne Klimaschutz

Das große Hamburger Wohnungsbauprojekt Neue Mitte Altona wurde im Jahr 2011 als Klima-Modellquartier mit ambitionierten Ankündigungen zum Klimaschutz begonnen. Das Ergebnis, das sich zu Beginn des Jahres 2015 abzeichnete, ist im Hinblick auf den Klimaschutz überaus enttäuschend. Die ursprünglich von der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) formulierten Absichten („möglichst vollständig klimaneutral und regenerativ“) wurden in der praktischen Umsetzung fast in ihr Gegenteil verkehrt.

Eine Fernwärmeversorgung für die ersten rund 1.600 neuen Wohnungen der Mitte Altona soll folgende Zusammensetzung haben: 60 Prozent aus „Fernwärme Natur Mix“, die vollständig aus regenerativen Energien bestehen soll, und 40 Prozent aus „Fernwärme Klassik“, dem allgemeinen Fernwärme-Mix von Vattenfall in Hamburg. Diese Konstruktion von unterschiedlichen Fernwärme-Mischungen innerhalb des gleichen Fernwärmenetzes erinnert an den Handel von „Ökostrom“-Zertifikaten, bei dem ohne zusätzlichen Umweltnutzen nur Herkunftsquellen umgebucht werden.Denn für die Mitte Altona soll keine zusätzliche Wärme im Biomasse-Heizkraftwerk (Altholzverbrennung) in der Borsigstraße, der Quelle von „Fernwärme Natur Mix“, produziert werden, vielmehr wird die Fernwärme aus der Borsigstraße ohnehin seit längerem in das Vattenfall-Fernwärmenetz eingespeist und ist Teil der normalen Fernwärme. Der Anteil an echter regenerativer Wärme im Vattenfall-Fernwärmenetz in Hamburg ist mit 1,0 Prozent sehr gering. Die Abspaltung dieses kleinen Anteils als eigenständiges, wesentlich teureres Fernwärme-Produkt verspricht erhebliche Gewinne für die Vattenfall Wärme Hamburg GmbH (VWH), an der Hamburg mit 25,1 Prozent beteiligt ist, aber keine Erhöhung des Einsatzes erneuerbarer Energien.

Blick auf die Großbaustelle der „Neuen Mitte Altona“

Als Folgen sind zu erwarten:

- dass im zukünftigen Stadtteil Mitte Altona die Heizkosten höher sein werden, die Wohnungen teurer sein werden und in vielen Fällen die wärmeübertragenden Gebäudehüllen energetisch schlechter sein werden als bei vergleichbaren neuen Gebäuden – was wiederum zu höherem Heizwärmeverbrauch führt,
- dass entgegen den von der BSU erklärten Absichten der Einsatz erneuerbarer Wärme nicht vorangebracht werden wird und
- dass insbesondere Solarkollektoren mit einer Fläche von 14.000 m² nicht eingesetzt werden, obwohl nach einem im Auftrag der BSU erstellten Gutachten die Dächer ideal für die Gewinnung von solarer Wärme geeignet wären.

Besonders beunruhigend ist, dass die in diesem Projekt verwendete Argumentationsweise zur Aufspaltung des Fernwärme-Mixes in Hamburg auch in weiteren städtebaulichen Projekten in Hamburg und in Berlin und darüber hinaus zur Anwendung kommen könnte. Wenn sie erst einmal breiter akzeptiert wäre, würden sich generell die gleichen negativen Effekte für den Klimaschutz und für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner ergeben wie im Stadtteil Mitte Altona. Schließlich könnte sogar ein großflächiger Handel mit „Ökowärme“-Zertifikaten entstehen, der letztlich genauso wie der nutzlose Handel mit „Ökostrom“-Zertifikaten trotz eines erheblichen bürokratischen Aufwands nur auf Etikettenschwindel beruht. Hervorzuheben ist, dass die künftigen Bewohner der Mitte Altona den „Ökowärme“-Händler wegen dessen Monopolstellung nicht wie einen „Ökostrom“-Händler wechseln können. Wettbewerbsrechtlich ist außerdem problematisch: Mitbewerber um eine für Contractoren ausgeschriebene Wärmeversorgung, die sich ernsthaft um die vorgeschriebene Senkung der CO2-Emissionen bemühen, können mit Angeboten wie dem von Vattenfall nicht konkurrieren.

Einige Baugemeinschaften und Bauträger wünschten für einen Teil der Mitte Altona eine andere Wärmeversorgung als die Fernwärme der VWH. Sie wurden jedoch dazu gedrängt, einem privaten „Rahmenvertrag“ zwischen Vattenfall und den Eigentümern des ersten Bauabschnitts zur Wärmelieferung für die Mitte Altona zuzustimmen. Als ein Anreiz für diese Zustimmung diente eine speziell für diesen Fall zugeschnittene Sonderförderung der Hamburgischen Investitions- und Förderbank für IFB-geförderte Sozialwohnungen.

Die BSU stimmte dem „Rahmenvertrag“ zu, obwohl die Wärmeversorgung der Mitte Altona mit Fernwärme der VWH offensichtlich gegen den zugehörigen Bebauungsplan Altona-Nord 26 verstößt. Dieser Bebauungsplan schreibt vor, dass die Gebäude der Mitte Altona an ein Wärmenetz anzuschließen sind, das überwiegend mit erneuerbaren Energien versorgt wird. Die Wärme im Fernwärmenetz der VWH wird jedoch mit über 85 Prozent aus fossilen Energieträgern erzeugt.

In der Mitte Altona soll Etikettenschwindel in großem Umfang betrieben werden, zum Nachteil der BewohnerInnen und des Klimaschutzes. Es muss verhindert werden, dass die zukünftigen BewohnerInnen der Neuen Mitte Extraprofite an Vattenfall abführen müssen. Das bisherige Vorgehen, das besonders Vattenfall aber auch den Grundstückseignern nutzt, darf keinesfalls bei weiteren städtebaulichen Projekten, zum Beispiel dem benachbarten Holsten-Areal (Koalitionsvertrag!) oder beim zweiten Bauabschnitt der Mitte Altona gestattet werden. Stattdessen sollte entsprechend dem Bebauungsplan eine überwiegend auf erneuerbaren Energien gestützte Wärmeversorgung unter Einschluss von solarthermischen Anlagen realisiert werden.

Die zuständige Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wurde im Zusammenhang mit dem Eintritt der Grünen in die Regierung der Hansestadt im April 2015 aufgespalten in einen Bereich Umwelt und Energie (Grüne) und einen Bereich Stadtentwicklung und Wohnen (SPD). Ob sich damit die Aussichten für eine Wärmewende in Hamburg verbessern werden, bleibt abzuwarten. Der Koalitionsvertrag lässt eher eine Fortsetzung der bisherigen Senatspolitik befürchten.

Dietrich Rabenstein

Wohnen mit und ohne Mietpreisbindung

Der SPD-Senat jubelte kurz vor der Bürgerschaftswahl am 15. Februar 2015: 6.100 Wohnungen sollten 2014 in Hamburg fertiggestellt worden sein, davon mindestens 2.000 mietpreisgebundene Sozialwohnungen. Hierfür hatte der Senat höchste Priorität eingeräumt, ist doch bekannt, dass mindestens 30.000 bezahlbare Wohnungen in der Hansestadt fehlen. Allerdings ist die Gegenrechnung dabei nicht korrekt. Angeblich sollen nur 300 Wohnungen durch Häuserabriss vernichtet worden sein. Jeder, der mit offenen Augen durch unsere Stadt geht, kann sehen, dass es diverse Leerstände gibt und etliche Häuser dem Verfall preisgegeben sind. So zum Beispiel das Gründerzeit-Etagenhaus in der Breite Straße in Altona-Altstadt, ganz in der Nähe des Altonaer Fischmarktes. Dieses Haus verwahrlost schon seit Jahren, weil der Hausbesitzer es durch Entmietung als Spekulationsobjekt verkommen lässt. Nun hat er die Abrissgenehmigung beim Bezirk beantragt und erhalten. Im September 2014 wurde dieses architektonisch-historische interessante Haus kurzzeitig besetzt und durch brutales Eingreifen der Polizei geräumt. Jetzt beginnt das übliche Immobilienspiel: Abriss, höchstmögliche Bebauungsdichte und Vermietungsrendite in dieser attraktiven elbnahen Lage. Falls der Bauherr öffentliche Mittel beantragt hat, soll er ein Drittel der Wohnungen mit Mietpreisbindung oder als Sozialwohnungen ausweisen. Diese Regelung gilt in ganz Hamburg und soll private Baulöwen dazu reizen, auch Sozialwohnungen zu schaffen. Das ist für viele Immobilienbesitzer ein fettes Geschäft, wenn die Mietpreisbindung nach Jahren wegfällt und die ehemals öffentlich geförderten Wohnungen dann dem freien Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen und sogar als Eigentumswohnungen auf dem hochpreisigen freien Immobilienmarkt mit hohem Gewinnen verkauft werden. So sollen in den nächsten 15 Jahren allein 30.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen. Es wird zu Recht kritisiert, dass in Hamburg deutlich zu wenig Wohnraum neu geschaffen wird, ganz besonders geförderte, bezahlbare Wohnungen. Der neu zu errichtenden Wohnraum deckt nicht einmal den durch das Bevölkerungswachstum verursachten Bedarf ab – strebt Hamburg doch ein Bevölkerungswachstum von derzeit 1,8 Millionen auf 2 Millionen Einwohner an. Die politische Forderung heißt deshalb, dass Wohnen ein einklagbares Grundrecht werden muss.

Fassaden der leerstehenden Häuser an der Breiten Straße

Ganz anders sieht es auf dem hochpreisigem freien Miet- und Eigentumswohnmarkt aus. Hier tummeln sich die Architekten mit futuristischen Neubauten, die mehrere tausend Euro pro Quadratmeter in der Herstellung kosten, so können die Preise mancher Eigentumswohnungen in entsprechenden Lagen in die Millionen gehen. Ein Beispiel ist der Neubau an der historischen Palmaille, Altonas Prachtstraße mit klassizistischen, biedermeierlichen und anderen historistischen Häusern. Dem Zeitgeist entsprechend entstehen „coole“, minimalistisch-puristische Häuser, die durch „außergewöhnliche, prägnante Formensprache ohne Dekor und Schnörkeleien“ modernes Wohnen signalisieren. So nimmt die „Verklotzung“ der Stadt in vielen Stadtteilen immer mehr zu. Auch in dem neu entstehenden Stadtteil Altona-Mitte auf dem ehemaligen Güterbahnhofgelände sollen 3.500 Wohnungen gebaut werden, davon ein Drittel zunächst mit Mietpreisbindung. Genau umgekehrt müsste es sein: Zwei Drittel Sozialwohnungen und ein Drittel Freie-Mietpreiswohnungen. Außerdem wird hier zu Recht die Bauweise mit den heute üblichen Flachdächern kritisiert, so wie in der HafenCity. Bauklötze mit angeklebten Balkonen abgelehnt. Allerdings lässt sich ja bekanntlich über Geschmack streiten und auch die Architektur spiegelt nur den postmodernen Zeitgeist wieder.

Günter Pingel
(Altona-Reporter des FUNKEN)

Aus der Bezirksversammlung und den Ausschüssen

Wie sozialer Wohnungsbau umgangen wird

Bei der Sitzung des Planungsausschusses am 6. Mai 2015 wurde die Auslegung des Bebauungsplanes Altona-Altstadt 60 beschlossen. Dieser umfasst das Gebiet zwischen der Großen Bergstraße und der Neuen Großen Bergstraße sowie der Max-Brauer-Allee und der so genannten „Bergspitze".

Vorangegangen war die Ablehnung eines Antrages der Linken für das neue B-Plangebiet, zumindest anteilsmäßig sozialen Wohnungsbau festzuschreiben, was nach § 9 (1) BauGB Ziffer 7 möglich ist. Dies wurde jedoch sowohl vom Amt (Herr Conrad) als auch von der STEG (Herr Schmitz) sowie den Vertretern der anderen Fraktionen (Herr Adrian SPD, Herr Szczesny CDU, Herr Trede Grüne) zurückgewiesen, weil – abgesehen von dem ohne sozialen Wohnungsbauanteil bereits fast fertiggestellten Bau in der Bergspitze - dann überhaupt niemand in dem Plangebiet mehr Wohnungen bauen würde.

Heftig umstritten: Neubau an der „Bergspitze" in der Neuen Großen Bergstraße

Der Hintergrund ist, dass dem Investor für das bereits im Bau befindliche Gebäude in der Bergspitze eine Baugenehmigung faktisch nach dem auf ihn zugeschnittenen neuen B-Plan mit veränderten Baugrenzen und –linien mit der Ausweisung „MI" (Mischgebiet) erteilt wurde, lange bevor dieser B-Plan zur jetzigen Auslegungsreife kam. Zur Ermöglichung dieses Bauvorhabens im Sinne des Investors wurde ihm zudem eine größere öffentliche Fläche in der Fußgängerzone Goetheplatz verkauft, ohne dass irgendwelche Auflagen bezüglich sozialen Wohnungsbaus daran gekoppelt wurden.

Vom Bezirksamt wurde argumentiert, einen Städtebaulichen Vertrag mit der Verpflichtung anteiligen sozialen Wohnungsbaus könne man dem Investor nun nicht mehr abtrotzen, da es kein Druckmittel gebe – nachdem man es zuvor selber aus der Hand gegeben hatte, unter anderem auch dadurch, dass die alte Ausweisung als „MK"-Gebiet[1] nur untergeordnet Wohnungsbau vorsah.

Nun wird argumentiert, dass man für die westlich der Baustelle Bergspitze bis zur Max-Brauer-Allee gelegenen Grundstücke den Eigentümern auch keine Verpflichtung zu sozialem Wohnungsbau auferlegen könne, da ihnen aus dem alten B-Plan ein Baurecht mit Wohnen über dem ersten Geschoss ohne sozialen Wohnungsbau erwüchse und damit das Bezirksamt entschädigungspflichtig sei, wenn man nun dort die Verpflichtung zu anteiligem sozialen Wohnungsbau durch den neuen B-Plan vorschriebe, so Herr Conrad, der Leiter des Stadtplanungsamtes.

Das ist unseres Wissens nicht zutreffend, weil das Baurecht aus dem alten B-Plan mehr als zehn Jahre durch entsprechende Bauanträge von keinem der Eigentümer in Anspruch genommen wurde und für Entschädigungsansprüche lediglich eine Sieben-Jahres-Frist gilt.

Die Behauptung, dass der neue B-Plan Baurechte aus dem alten B-Plan übernehmen müsse (!) halten wir schlichtweg für Unsinn, zumal dann die alte „MK"-Ausweisung für das ganze Plangebiet hätte beibehalten werden müssen. Das Argument der STEG, dass nach einer im B-Plan festgeschriebenen Festlegung auf anteiligen sozialen Wohnungsbau keiner der jetzigen Eigentümer dort mehr Wohnungen bauen wollen würde, mag zutreffen, aber wenn es dem Senat ernst wäre, seinen Drittelmix durchzusetzen, würde er mit diesen in Verkaufsverhandlungen treten und die SAGA als neuen Eigentümer zu entsprechendem Wohnungsbau verpflichten können.

Dass ausgerechnet die für das Sanierungsgebiet S5 (das das B-Plangebiet zwischen Neuer Großer Bergstraße und Großer Bergstraße umfasst) zuständige STEG sich gegen die Verpflichtung zu sozialem Wohnungsbau ausspricht, ist ein zusätzlicher Skandal, denn schließlich handelt es sich hier um das Gebiet einer Sozialen Erhaltungssatzung, die die „Aufwertung" des Quartiers durch Mietpreiserhöhungen/Gentrifizierung stoppen oder zumindest eindämmen soll. Die Sozialen Erhaltungsverordnungen gelten zwar nicht für Neubauten, durch die dortige uneingeschränkte Genehmigung und Förderung von Eigentumswohnungen werden Zielsetzung und Sinn dieser Verordnung aber geradezu konterkariert.

Abschließend gab der SPD-Fraktionsvorsitzende Adrian vor der Abstimmung über die Auslegung des B-Plan-Entwurfes Altona-Altstadt 60 eine Erklärung ab, dass es der Linken weder in diesem noch in anderen Fällen (z.B. Zeise-Parkplatz) um sozialen Wohnungsbau ginge, sondern dass man mit allerlei Unwahrheiten Politik machen wolle.

Nachdem der Antrag der Linken auf Aufnahme des sozialen Wohnungsbaus in den Text des auszulegenden B-Planes abgelehnt worden war, enthielten wir uns bei dem Beschluss zur Auslegung, um der Bevölkerung durch Einsprüche das Wort mittels Einwendungen zu ermöglichen, die nicht ganz so einfach wie ein Antrag der Linken vom Tisch gewischt werden können.

Robert Jarowoy (Planungspolitischer Sprecher DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona)

[1] Ein Kerngebiet („MK") ist ein Baugebiet, in dem nach § 7 der deutschen Baunutzungsverordnung vorwiegend Handelsbetriebe, Gastronomie und zentrale Einrichtungen der Wirtschaft und der Verwaltung sowie Wohnungen angesiedelt sind. Zudem soll es der Unterbringung kultureller Einrichtungen dienen.

Keine kommerzielle Baupolitik in Altona ohne Kettensäge

Der Kommerz ist taub gegenüber den Schmerzensschreien gefällter Bäume so wie er taub ist gegenüber den Schmerzensschreien gequälter Tiere in Schlachthöfen. Baumerhaltung oder gar umfassende Baumnachwuchspflege in Altona mögen behördlicherseits durchaus Zielsetzungen sein. Von einer direkten Umsetzung dieser Ziele in die Realität kann allerdings keine Rede sein.

Nicht nur, dass in einer Blitzaktion, kurz vor Ende der Fällsaison 2014/15 für den Sportpark Baurstraße 423 Bäume gefällt und 4.616 qm Strauchfläche gerodet wurden, sondern auch der traditionelle Substanzverzehr bei Grüninvestitionen dauert an. Auskunft der zuständigen Abteilung beim Bezirksamt Altona:

- in 2013 wurden 339 Straßenbäume gefällt
- in 2014 wurden 279 Straßenbäume gefällt
- die Anzahl der Nachpflanzungen von Straßenbäumen betrug in 2013 186 sowie in 2014 37 Bäume

Bilanz : 618 Straßenbaumfällungen in 2013 und 2014 stehen nur 223 Nachpflanzungen von Straßenbäumen in dem angegebenen Zeitraum gegenüber.

Abholzungsaktion im zukünftigen Sportpark Baurstraße

In Parkanlagen, auf Kinderspielplätzen, in Kleingartenanlagen, Waldparks und Naturschutzgebieten wurden

- in 2013 rund 1.900 Bäume und
- in 2014 rund 1.500 Bäume gefällt.
- An Nachpflanzungen erfolgten in 2013 etwa 110 Bäume und in 2014 etwa 140 Bäume.

Bilanz : Auf 3.400 Baumfällungen erfolgten nur 250 Baumnachpflanzungen.

Insgesamt kann allerdings keine genaue Bilanzierung erfolgen, weil das Bezirksamt hier nur pauschal auf den Kauf und die Pflanzung von zigtausend Setzlingen in 2013 u 2014 hinweist. (Sofern Setzlinge gepflanzt werden, überleben von diesen i.d.R. nur ein Viertel bis ein Drittel als ausgewachsene Bäume, soweit sie nicht vorher bereits wieder gefällt werden).

Bäume sind die grüne Lunge der Stadt

Auf Privatgrund in Altona wurden:

- in 2013 etwa 800 Fällgenehmigungen für Bäume (von der zuständigen Abteilung) erteilt, tatsächlich aber 2020 Fällungen durchgeführt und
- in 2014 wurden 840 Baumfällungen genehmigt, faktisch aber 1910 Bäume abgeholzt.

Bilanz: Insgesamt stehen hier 3.930 Baumfällungen 550 Nachpflanzungen auf Privatgrund gegenüber.

(Hier ist anzumerken, dass anstelle von Baumnachpflanzungen auch Ausgleichszahlungen seitens der Privatgrundeigentümer möglich sind. Die Gelder sollen dann für Ersatzpflanzungen anderenorts verwendet werden. Insgesamt wurden in den Jahren 2013 und 2014 682.250 Euro an Ausgleichszahlungen geleistet).

Die Zukunft des Altonaer Stadtgrüns ist aber nicht nur durch mangelnde Grüninvestitionen gefährdet, sondern auch durch die offensichtlich unumkehrbaren ökologischen Verschlechterungen:

- mit dem Klimawandel werden die Temperaturen steigen und die Anzahl der „warmliebenden" Parasiten, Larven und Pilze werden sich vervielfachen
- durch die ständige behördliche Gewährung von Ausnahmegenehmigungen von Baumfällungen
- durch eine nur gering kontrollierte Verpflichtung zur Baumnachpflanzung bei privaten Baumfällungen
- mit der Zunahme langer Sommertrockenzeiten
- durch fortschreitende Verkleinerung von Wurzelräumen und Ausdehnung versiegelter Böden
- durch mangelnden gesetzlichen Schutz für einzelne Bäume und
- durch ständige Aushöhlung des Baumschutzrechts durch das Baurecht.

Allerdings gibt es auch zur Vermeidung totaler ökologischer Fehlentwicklung im Stadtgrünbereich das Baumwunder „made in USA". Dort begegnet mensch dem Baumsterben durch Setzung von Plastikbäumen, hauptsächlich an Durchgangsstraßen – pflegeleicht versteht sich und mit automatischer Entfernung der Stäube durch Selbstduschung.

Eckard Fey

Der Trägerkreis „Rettet den Volksentscheid“, dem neben dem Verein Mehr Demokratie verschiedene Bürgerinitiativen angehören, wird vor der zweiten Lesung der Verfassungsänderung zwei Volksinitiativen nach altem Recht anmelden. Mit dem Verfassungszusatz will die Bürgerschaft Referenden, also Volksabstimmungen von oben, in Hamburg einführen.

Mit der Initiative „Lex Olympia“ wird der Bürgerschaft und den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs ein Verfahren vorgeschlagen, mit dem zeitgerecht und fair eine Volksabstimmung über die Bewerbung Hamburgs für die olympischen und paraolympischen Spiele durchgeführt werden kann. Dieses Sonderverfahren würde auch die Olympia-Abstimmung nicht mit dem derzeitigen Streit über die Einführung genereller Referenden belasten.

Mit der zweiten Initiative „Rettet den Volksentscheid“ sollen in Zukunft Änderungen der Verfassung und zum Wahlrecht sowie Gesetze zu Volksabstimmungsverfahren nur mit Zustimmung des Volkes erfolgen. Das derzeitige Hauruckverfahren zur Verfassungsänderung im Windschatten der Olympiabewerbung zeigt, wie notwendig es ist, für grundlegende Veränderungen das Volk nicht außeracht zu lassen. Außerdem soll in diesem Zusammenhang ein Parlamentsreferendum eingeführt werden, das die Bürgerinnen und Bürger und die Opposition nicht ausschließt, sondern zu Gegenvorlagen einlädt. „Es geht im Wesentlichen darum, Missbrauch durch Machtvorsprung vorzubeugen und durch Meinungsvielfalt in der Öffentlichkeit die Diskussionsgrundlage sicherzustellen, die für sachgerechte Abstimmungen nötig ist“, so Mehr-Demokratie-Sprecher Manfred Brandt. „Die Vorlage der Bürgerschaft wird der Öffentlichkeit als ein Mehr an Demokratie verkauft. In Wirklichkeit geht es darum, Parlament und Senat die Regie über Volksabstimmungen aller Art zu übertragen. Das ist nicht mehr Demokratie, sondern weniger Demokratie“.

Pressemitteilung des Trägerkreises vom 20. Mai 2015

Volksgesetzgebung vor dem AUS

Putsch im Rathaus

Am 7. Mai hat eine große Hamburger Koalition aus SPD, CDU, GRÜNEN und AfD im Eiltempo eine Verfassungsänderung zu Referenden von „oben“ in erster Lesung beschlossen. Vordergründig geht es um Olympia und die Befragung der Hamburger*innen dazu in einem Referendum im Herbst. Tatsächlich wird nicht nur für diesen Fall ein Gesetzt beschlossen, sondern es wird gleich die Hamburger Verfassung geändert, demokratische Rechte eingeschränkt und die ganze Volksgesetzgebung gleichzeitig ausgehebelt, denn so eine Niederlage wie bei dem Rückkauf der Energie-Netze, das soll den Regierenden nicht noch einmal passieren.

Nach dieser Erfahrung fürchten die Herrschenden besonders die Volksinitiative für kommunale Selbstverwaltungsrechte in den Bezirken, die in Vorbereitung war. Damit verbunden wäre auch endlich die Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden, die der Senat bisher als Zentralregierung gern aushebelt. Schon im letzten Jahr wurden von den bürgerlichen Parteien in den Medien Horrorszenarien verbreitet: Hamburg solle zerschlagen werden, Radwege würden an den Bezirksgrenzen enden, der Bezirk Nord könne dann den Flughafen abschaffen und weitere unsinnige Behauptungen, um Angst zu verbreiten und keine Macht abzugeben.

Die Grünen, die nun den Justizsenator stellen, bei der Verfassungsänderung vorn weg. Hatten sie sich doch noch vor der Wahl im Februar 2015 für die vollständige Umsetzung des Volksentscheids zum Rückkauf der Netze eingesetzt. Unter der neuen Gesetzgebung wäre ein Zustandekommen des Volksentscheids „Unser Hamburg – unser Netz“ allerdings nie möglich gewesen.

Anmeldung der Volksinitiativen „Rettet den Volksentscheid“ und „Lex Olympia“ im Hamburger Rathaus am 26. Mai 2015

Vor diesem Hintergrund hat Dirk Seifert (umweltfairaendern) noch einmal auf die „Neujahrsrede“ Anfang 2014 von Seiten der Handelskammer aufmerksam gemacht, in der die Handelskammer nicht nur die Olympia-Bewerbung durch den Senat einforderte, sondern insbesondere vor der wachsenden Gefahr für das Parlament durch Volksentscheide und Gerichte warnte. Mit Blick auf die jetzige Verfassungsänderung kann man durchaus den Eindruck gewinnen, dass ein großer Teil der Bürgerschaft damit auch der Handelskammer zuarbeitet. Die CDU ist unter anderem für die Verfassungsänderung gewonnen worden, indem man ihr die Änderung des Wahlrechts versprochen hat. Denn, Ihr erinnert Euch, die Wähler*innen haben der CDU die Aufstellung ihrer Liste völlig durcheinandergebracht, indem sie andere Kandidat*innen wählten als von der CDU vorgesehen. Außerdem hatte die CDU ja so grottenschlecht abgeschnitten, was sie unter anderem auf das „komplizierte“ Wahlsystem zurückführt.

Die neue Verfassungsänderung zum Bürgerschaftsreferendum sieht vor, dass der Senat mit zwei Dritteln der Bürgerschaft zu jedem Thema von gesamtstädtischer Bedeutung, zu dem Bürger eine Volksinitiative starten, diese übernehmen und damit aushebeln können. Die Bürgerschaft führt damit das Verfahren, macht die Vorlagen, legt Zielsetzung und den Zeitpunkt des Referendums fest. Volksinitiativen zum selben Thema, aber mit anderer Zielsetzung sind praktisch nicht möglich. Es genügt der bloße Beschluss, zu einem bestimmten Thema ein Referendum durchzuführen, und schon sind Volksinitiativen zu diesem Thema nicht mehr zulässig. Eine Volksinitiative, die schon weiter fortgeschritten wäre, kommt zeitlich unter Druck. Sie hat nur noch 14 Tage Zeit für eine Kampagne und muss innerhalb von drei Wochen 65.000 gültige also 80.000 bis 90.000 Unterschriften sammeln. Das ist nicht möglich. Das Ergebnis des Referendums darf zu dem nicht vor Ablauf einer Legislaturperiode, mindestens aber einem Zeitraum von drei Jahren im Zuge einer Volksinitiative geändert werden.

Diese Sperrfrist hält Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der LINKEN in der Bürgerschaft, allein schon für Olympia für inakzeptabel: „Konkret heißt das für das Referendum zu Olympia: Der Senat wird bis zur Abstimmung im November 2015 keine belastbaren Zahlen für die Kosten der Olympischen und Paralympischen Spiele vorlegen. Damit gibt es keine solide Entscheidungsgrundlage. Wenn dann zwei, drei Jahre später die vorgelegten Zahlen durch die Realität überholt sind, die zu erwartende Kostenexplosion sich abzeichnet, ist es nicht mehr möglich, die Entscheidung durch Einleitung eines Volksabstimmungsverfahrens zurückzuholen. Das ginge frühestens ab Ende Februar 2020, die Durchführung eines Volksentscheids wäre dann frühestens 2022 vorstellbar. Es ist praktisch unmöglich, ein weit gediehenes Großprojekt in einer so späten Phase zu stoppen. Das hat mit Demokratie und Bürgerbeteiligung wirklich gar nichts zu tun.“

Nachdem es inzwischen von Mehr Demokratie e.V., Bürgerinitiativen, der LINKEN und sogar der FDP ziemlichen Gegenwind gegeben hat, verkündet der Senat, man werde die kritischen Punkte in der Verfassungsänderung im Ausführungsgesetz heilen, d.h. wieder ausbessern. Da das noch vor der 2. Lesung verkündet wurde, hätten die Volksvertreter*innen ja gleich eine Verbesserung der Verfassung vornehmen können. Aber natürlich tun sie es mit Bedacht nicht! Da wird der Öffentlichkeit wieder Sand in die Augen gestreut. Bei rechtstrittigen Fragen gilt nämlich immer die Verfassung und nicht die Ausführungsbestimmung.

Aktuell hat sich ein Trägerkreis „Rettet den Volksentscheid!“ gegründet. Es geht darum, die in den letzten 15 Jahren erreichten Rechte der direkten Demokratie zu verteidigen! Es gibt viel zu tun!

Marlit Klaus

Überfällig: Streiks für die Zukunft der Kinder und für höhere Löhne!

Die bundesweite Unzufriedenheit der über 720.000 Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten drückte sich nach einigen Warnstreiks und infolge der gescheiterten Tarifverhandlungen mehr als deutlich in den Ergebnissen der Urabstimmung aus. 93,44 Prozent der Verdi-Mitglieder (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaften) und 96,5 Prozent bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) stimmten mit überragender Mehrheit für einen längst überfälligen Streik.

Wer heute als ErzieherIn, KinderpflegerIn oder Sozialpädagoge/-in in einer Kindertageseinrichtung arbeitet, muss vielen Herausforderungen begegnen und viele Aufgaben erfüllen. Sie sind im übertragenen Sinne die Zehnkämpfer in der Kinder- und Jugendarbeit. Frühkindliche Bildung, Gesundheitsvorsorge, Suchtpräventionsmaßnahmen, sozialräumliche Zusammenarbeit mit weiteren Einrichtungen der Jugendhilfe, Projekte in der Kita, Elterngespräche, Sprachförderung, die Entwicklung der Persönlichkeit zu selbstständigen und selbstbewussten Kindern mit einem gesunden Selbstwertgefühl, Kinderschutz, das rechtzeitige Handeln bei einer Kindeswohlgefährdung und die zielgerichtete Organisation des pädagogischen Alltags in der Kita sind hierfür einige Beispiele.

Demonstration der Kita-Angestellten für höhere Löhne in der Hamburger Innenstadt

All das verlangt eine gute Ausbildung, noch immer gibt es hier bundesweit große Defizite in den Fachschulen und Fachhochschulen, viel Leidenschaft und den Willen, sich stets fortzubilden. Wer Fortbildungen und Zusatzausbildungen belegen will, muss allerdings privat oft tief in die Tasche greifen, ohne dass es Auswirkungen auf die Gehaltshöhe zeitigt! Bundesweit arbeiten mehr als eine halbe Million Beschäftigte in diesem Bereich, davon 354.976 (Stand 2014) als Erzieherin oder als Erzieher. Nur 40,6 Prozent von ihnen arbeiten in Vollzeit. Die Teilzeitbeschäftigung ist also in diesem Bereich außerordentlich hoch.

Das ist nicht auf den Umstand zurückzuführen, dass die Beschäftigten es so wünschen, die gibt es natürlich auch, sondern es hat viel mit der bundesweit rigide betriebenen Politik der Schuldenbremse,

den sehr unterschiedlichen Qualitätsstandards in der materiellen und personellen Ausstattung von Kinderkrippen, Kindergärten und Kindertagesstätten (16 Bundesländer, 16 Standards!) und mit der geringen Wertschätzung dieser Berufe zu tun. Dabei ist diese Form von

Kita-ErzieherInnen müssen viele Aufgaben erfüllen

Arbeit, Bildung und Versorgung geradezu systemrelevant, schließlich sind gut gebildete, starke und sozial handelnde Persönlichkeiten für die Zukunft einer Gesellschaft sehr wichtig.

Wer heute als ErzieherIn mit staatlicher Anerkennung in einer Kita die Arbeit aufnehmen möchte, beginnt erst einmal mit einem Anfangsgehalt von 2.367 Euro brutto. Das legt die bundesweit gültige Entgeltordnung so fest. Nach vier Jahren würde das Monatsgehalt auf 2.769 Euro steigen und nach 17 Jahren Berufserfahrung auf 3.289 Euro, brutto wohlgemerkt und nach einem relativ langen Ausbildungsweg! Wer in Teilzeit arbeitet, immerhin fast 60 Prozent der ErzieherInnen, kann davon nur schwer leben.

Metropolen und Großstädte wie Hamburg, Frankfurt, München, Münster oder Köln gelten als teuer. Dort sind die Lebenshaltungskosten außerordentlich hoch. Bundesweit kam der soziale Wohnungsbau über die letzten beiden Jahrzehnte nahezu zum Erliegen. In dieser Zeit fielen gleichzeitig sehr viele Sozialwohnungen aus der Mietpreis- und Belegungsbindung heraus. In manchen Großstädten wurde preiswerter Wohnraum im städtischen Besitz an Immobilienhaie verkauft. Die Folge sind rasant gestiegene Wohnungsmieten, die sich die Menschen der Berufsgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst - und nicht nur die - nicht leisten können. Für sie ist das Armutsrisiko gestiegen! Es geht also nicht nur um simple Lohnerhöhungen, sondern inzwischen um die Sicherung der eigenen sozialen Existenz.

Den Betrieben und Einrichtungen des Sozial- und Erziehungsdienstes droht außerdem in naher Zukunft ein erheblicher Personalmangel. Rund 95.000 Fachkräfte waren schon im Jahr 2010 über 50 Jahre alt. Angesichts der ungünstigen demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik und der unzureichenden Zuwanderungspolitik mit rechtlichen Verbesserungen für die Menschen aus Ländern, die außerhalb der EU liegen, wird sich diese Situation verschärfen. Niedrige Einkommen und schlechte Arbeitsbedingungen werden die damit verbundenen Probleme nicht beheben.

Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände als Tarifverhandlungspartner der Gewerkschaften lässt keinesfalls den Willen erkennen, eine verbesserte Eingruppierung der Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsdienste zuzulassen. Sie wollen nicht mehr zahlen und schon gar nicht am bestehenden Tarifsystem zulasten der im Sozial- und Erziehungsdienst Beschäftigten rütteln. Stattdessen wird Stimmung gemacht. Der Hauptgeschäftsführer der kommunalen Arbeitgeberverbände, Manfred Hoffmann, warf den Gewerkschaften und den Streikenden vor, sie würden die Eltern und Kinder im unerträglichen Maße belasten.

Der Versuch, Eltern und ErzieherInnen gegeneinander auszuspielen, ist durchsichtig. Natürlich werden insbesondere berufstätige Eltern vor Probleme gestellt, wenn ihre Kita bestreikt wird, doch sie wissen auch, was die ErzieherInnen für ihre Kinder leisten und unter welchen verbesserungswürdigen Bedingungen es geschieht. Der Streik wird lange anhalten, daran lassen die Beschäftigten wie ihre Gewerkschaften keinen Zweifel aufkommen, denn es geht um die soziale Existenzsicherung und um eine angemessene Wertschätzung der sozialen und erzieherischen Arbeit.

Volker Vödisch

Kinderarmut in Deutschland

Mehr als 1,6 Millionen Kinder in Deutschland leben von Hartz IV“, „Kinderarmut nimmt wieder zu“ titelten die Medien Ende 2014. Die grundlegenden Daten zur Kinderarmut sind bekannt. Der Anteil der von Armut betroffenen Kinder unter 15 Jahren lag im Mai 2014 bei 15,7 Prozent. 2012 lag dieser Anteil bei 15 Prozent[1]. Umgerechnet auf die Familien bedeutet dieses, dass fast jedes sechstes Kind in einer Familie lebt, die auf Hartz IV angewiesen ist. Damit liegt diese Quote knapp unter der Quote des Armutsrisikos durch das Statistische Bundesamt des selbigen Zeitraumes. Fast jeder sechste in Deutschland ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von Armut bedroht[2]. Man spricht von rund 16 Prozent. Doch wo beginnt Armut? Nach der EU-Statistik beginnt sie in Deutschland bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 979 Euro im Monat für einen Single und bei 2056 Euro für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren. Wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung seines Landes zur Verfügung hat, gilt nach der Definition als arm. Zur Hauptgefährdungsgruppe zählen: Alleinerziehende, Frauen, Alleinlebende, Migranten, Menschen mit Behinderung und Erwerbslose. Nimmt man nun noch die Zahlen der Jugendlichen ab 15 Jahren hinzu, spricht das Deutsche Kinderhilfswerk von rund 2,8 Millionen von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen. Damit hat sich die Zahl in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt[3]. Um das Armutsrisiko einzuschätzen, muss man sich die derzeitigen Regelsätze für Kinder von 0 Jahren bis unter 18 Jahren ansehen. Diese liegen zwischen 234 Euro und 302 Euro (Kinder von 14 Jahren bis unter 18 Jahren). Von diesem Geld müssen alle Kosten wie zum Beispiel Nahrung, Spielzeug, Gesundheitspflege, Bekleidung, Freizeit abgedeckt werden. Zwar werden Klassenfahrten nach dem Sozialgesetzbuch II übernommen, jedoch sind auch hier zum Teil Grenzen der Kostenübernahme vorgesehen. Eine Schultüte und deren Inhalt muss vom Regelbedarf gedeckt werden.

1 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 2014: http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/dgb-studie-zu-hartz-iv-kinderarmut-waechst-wieder-1.2168473

2 Vgl. Statistisches Bundesamt: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefaehrdung/Aktuell_Hauptindikatoren_SILC.html;jsessionid=8F29FB6CA959CAEC775BFBB01A6141AF.cae3

3 Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk: http://www.dkhw.de/cms/themenfoerderungen/kinderarmut-2

Tatsächliche Bedürfnisse der Kinder werden ignoriert

Zur Berechnung des notwendigen Regelbedarfes kann insofern Kritik geäußert werden, dass sich dieser in seiner Bemessung nicht am Ausgabeverhalten der Familien für ihre Kinder im Niedrigeinkommensbereich orientiert, sondern am Ausgabeverhalten eines alleinstehenden Erwachsenen. Die Tatsache, dass Kinder spezifische Bedarfe haben, wird somit komplett ignoriert. Auch das 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket[4] deckt mit monatlichen 10 Euro nicht den tatsächlichen Bedarf ab. Neben den zu niedrigen Sätzen ist bis heute die bürokratische Hürde sehr hoch. Weder gibt es bei der Beantragung eine bundesweite einheitliche Regelung, noch sind die Mitarbeiter teilweise in den Jobcentern entsprechend kompetent geschult. Ist die Armut innerhalb der Sozialberatung spürbar?

Scham und Angst lähmen

Armut scheint relativ zu sein und orientiert sich häufig am Besitz. Gibt es zwischen Ost und West unterschiedlichste Armutsrisiken, so ist jedoch auffällig, dass gerade die Großstädte davon betroffen sind. Über die eigene Armut wird in der Beratung kaum gesprochen. Scham, Angst und mangelndes Vertrauen zum Sachbearbeiter prägen hier zumeist das Bild. Thema wird es dann, wenn ein Antrag für die Schule, Kindergarten oder religiösen Festen gestellt wird. Diese Anträge müssen oftmals abgelehnt werden, da diese Leistungen über den Regelbedarf bezahlt werden müssen. Just in diesem Moment zeigt sich die Enttäuschung und der daraus folgenden Not in Empörung, Nachfragen, Tränen und Verzweiflung. Auffällig ist auch, dass Eltern die Bedürfnisse ihrer Kinder mehrheitlich über ihre eigenen Bedürfnisse stellen. Dem Grunde nach wollen sie nichts anderes, als dass ihre Kinder mit Kindern ohne Sozialleistungen gleichgestellt und gleichberechtigt sind. Sie spüren die Ausgrenzung und Stigmatisierung ihrer Kinder im Kindergarten und in der Schule.

Mehr als 1,6 Millionen Kinder in Deutschland leben von Hartz IV

Ein Rückblick über zehn Jahre Hartz IV zeigt deutlich auf, dass die Verzweiflung der Eltern und die von Beginn an vorhandene Stigmatisierung zumindest subjektiv gestiegen ist.

Hartz IV und die damit verbundene Armut liegt wie ein Nebel auf den Familien. Auch wenn es vordergründig scheint, dass gerade Jugendliche damit umgehen können, zeigt es ein Bild von Verdrängung. Die Jugendlichen übernehmen den Jargon des „hartzens“, um nach Außen hin cool zu wirken. Längere Gespräche in der Beratung zeigten jedoch auf, dass auf vielen Wegen versucht wird, zusätzliches Geld zu verdienen. Dieses passiert nicht immer auf dem legalen Weg und endet auch offen beim Schnorren auf der Straße. Dahinter steckt oftmals die Intention des „Mithalten können“ wie bei der Bekleidung oder der Besitz eines modernen Handys.

Armut grenzt aus der gesellschaftlichen Teilhabe aus

Gesellschaftliche Teilhabe, wie die Teilnahme am Musikunterricht, Sport, Besuche von Museen und Ausstellungen finden kaum statt, da das Verlassen des eigenen Stadtteils aus finanziellen Gründen fast unmöglich ist. Die Familien sind auf ihren Stadtteil begrenzt, der meist noch zusätzlich das Bild einer Ghettoisierung aufzeigt. Günstiger Wohnraum ist in Großstädten nur außerhalb zu finden, wo das kulturelle Angebot beschränkt ist. Bundesweite Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit verstärken dieses. Die Not ist groß und verdeckt. Positive Ansätze kann es nur geben, wenn der derzeitige Regelsatz dem tatsächlichen kindgerechten Bedarf angepasst und die offene Kinder- und Jugendarbeit durch die Kommunen finanziell und personell aufgestockt wird. Für ihre Entwicklung brauchen Kinder und Jugendliche gute strukturelle Rahmenbedingungen. Hierzu gehören flächendeckende sportliche, kulturelle und musische Betreuungs- und Bildungsangebote. Sozialverbände fordern seit Jahren, dass Bund, Länder und Kommunen entsprechende kostenlose Angebote zur Verfügung stellen. Bildung darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein und muss für alle Kinder gleichberechtigt vorhanden sein.

Bekannt ist auch, dass die Herkunft aus sozial benachteiligten Familien ein Gesundheitsrisiko darstellt. Dieses könnte mit einer präventiven zielgruppenspezifischen Gesundheitsförderung in Kindergärten und Schulen aufgefangen werden. Innerhalb der Jobcenter und den anhängenden Behörden muss ein Verständnis erfolgen, dass die Kinder und die Jugendlichen in den Bedarfsgemeinschaften keine kleinen Erwachsenen sind. Entsprechend muss die Beratung auf die Kinder und jungen Menschen ausgerichtet sein. Deren Ausbildungs- oder Schulwünsche gehören genauso berücksichtigt, wie das Anerkennen, dass mit den derzeitigen Regelsätzen eine gesellschaftliche Teilhabe und Bildungsmöglichkeiten ausbleiben. Nur so kann eine bestehende Stigmatisierung und weitere Verarmung stückweise aufgefangen oder gestoppt werden. Eine Herausforderung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der sozialen Arbeit – auch außerhalb der reinen Kinder- und Jugendarbeit.

Denn Armut betrifft immer die gesamte Familie.

Inge Hannemann
(DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft)

4 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/Bildungspaket/leistungen-bildungspaket.html;jsessionid=57B79CE876B66B0951569503ACDD9642

Auszüge aus der Rede von Cansu Özdemir zur Regierungserklärung von Olaf Scholz

Hamburg für alle – sozialgerecht und solidarisch!

Die politischen Vorstellungen der SPD kennen wir aus den letzten vier Jahren. Die Grünen haben diese im Wahlkampf kräftig kritisiert: Ökologie ist für die SPD ein Fremdwort und die Politik der SPD verschärfe die soziale Spaltung in dieser Stadt. Von dieser Kritik, mit der die Grünen immerhin über 12 Prozent der Stimmen gewonnen haben, ist nach den Koalitionsverhandlungen nichts übrig geblieben. ...

Im Wahlkampf hieß es: Mit Grün geht das. Ja, so einiges geht mit Grün.

Mit GRÜN geht das:

Elbvertiefung // Busbeschleunigung // Berufung gegen das Luftqualitäts-Urteil // Verlegung der Frauen-JVA nach Billwerder // Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit // Geschlossene Unterbringung von Jugendlichen (GU). Und hier schaue ich Frau Christiane Blömeke von der Grünen-Fraktion an, die bis zu den Koalitionsverhandlungen leidenschaftlich gegen die GU kämpfte und heute in der Regierung mit gleicher Leidenschaft für die GU kämpft. // Gefahrengebiete // intransparente Olympiabewerbung.

Mit GRÜN geht das nicht:

Stadtbahn // BAFöG-Millionen für die Unis // Mehr Sozialwohnungen // Leitbild für Stadtentwicklung // Mehr Personal in der Justiz // kollektives Bleiberecht für ‚Lampedusa in Hamburg'. Dies ist nicht nur ein heftiger Schlag für die betroffenen Flüchtlinge und deren UnterstützerInnen, sondern auch eine bittere Enttäuschung für die 5.000 SchülerInnen, die letztes Jahr in bitterer Kälte für das kollekte Bleiberecht dieser Gruppe streikten.

Im Koalitionsvertrag heißen die politischen Leitsätze: ‚Wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Wer sich Mühe gibt, muss damit sein Leben verbessern können.'

Das war schon der Grundsatz von Hartz IV. Und die Bilanz dessen zeigt eindeutig: Die soziale Spaltung hat dadurch ganz deutlich zugenommen. Die Armut und die Armutsgefährdung sind gewachsen und wachsen. ...

Der Koalitionsvertrag ist keine Antwort auf diese Herausforderung, sondern wird die Exklusionstendenzen in der Stadt verstärken. Viele strengen sich an, haben aber nichts davon. Viele geben sich Mühe, können ihr Leben trotzdem nicht verbessern. Die Herkunft der Eltern bestimmt immer noch die Zukunft der Kinder, z.B. ob sie später in Armut leben werden. ....

Ihrem Koalitionsvertrag fehlt jeglicher sozialpolitischer Ansatz. Nichts ist zu sehen von kritischer Reflektion oder gar Solidarität. Nein, Sie setzen die falsche und schlechte Politik fort, gegen die Kritik aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, weiten Teile der Kirche und der sozialen Bewegungen. ....

Sie ignorieren hartnäckig die zunehmenden Defizite in der Stadt: Die Stadt braucht dringend mehr Einnahmen. Aber Rot-Grün hält dies nicht für notwendig. Deshalb verweigert die Stadt den sozialen und kulturellen Trägern Hamburgs den Tarifausgleich, verdichtet die Arbeit, verweist bei wichtigen sozialen und Bildungsausgaben darauf, dass die Stadt kein Geld hat. Der Senat verweigert sich der großen gesellschaftlichen Aufgabe, soziale Arbeit endlich vernünftig zu bezahlen. Er weigert sich, die Einnahmen zu verbessern: Wir würden ja gern, aber es ist doch kein Geld da.

Und zusätzlich posaunt er noch heraus: Aber wir haben die Milliarden für Olympia. Es wird keine neue Verschuldung geben, denn wir haben ja die Schuldenbremse.

Da hat er Recht, denn es gibt andere, die diese Rechnung bezahlen werden: die sozialen und Bildungseinrichtungen dieser Stadt."...

Cansu Özdemirs Gegenrede zur Regierungserklärung von Olaf Scholz

Zur Sozialen Stadtteilentwicklung:

„In Hamburgs Kundenzentren müssen KundInnen lange auf einen Termin warten. Wer spontan kommt, muss lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Wie will die Koalition das Problem lösen? Mit dem Abbau von 250 Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst pro Jahr. Das bleibt ein direkter Angriff auf die Beschäftigen der Stadt. Denn es ist krasse Kürzungspolitik, um die Sparvorgaben zu erfüllen. Aber es fehlen nicht nur die MitarbeiterInnen in Kundenzentren! Hamburg hat noch andere dringende Probleme, wie z.B. den Wohnungsleerstand! Dieser muss aktiv kontrolliert und aufgedeckt werden. Rot-Grün leistet sich, auf den Rückgang von Wohnungsleerstand zu verzichten – mit Grün geht auch das!

Außerdem wurde eine wichtige Möglichkeit, die soziale Kluft zwischen den Stadtteilen zu verringern, drastisch heruntergefahren: das Rahmenprogramm für integrierte Stadtteilentwicklung.

In der Konsequenz heißt das: Personalabbau, enorme Belastung für das übrig gebliebene Personal, lange Wartezeiten.

Beratungsstellen, Bezirksämter, OKJA, kulturelle Einrichtungen, medizinische Versorgung vor Ort, kurz: die soziale Infrastruktur muss gestärkt werden und nicht weiter geschwächt werden!

Der Senat muss in die soziale Infrastruktur investieren. Aber das tut der Senat nicht: Hamburg bleibt weiter vorn beim Kürzen!"...

Zum Thema Flüchtlinge:

„Schon im vergangenen Jahr war mehr als deutlich, dass die Flüchtlingszahlen steigen würden. Aber trotzdem wurden die Kennziffern für den aktuellen Haushalt auf der Grundlage von veralteten Zahlen erarbeitet. Das Problem ist also hausgemacht. Die Lösung heißt nicht, kurzfristig planen sondern langfristig planen. Kurzfristige Planungen führen zu Massenunterkünften, in denen die menschenwürdige Versorgung nicht gewährleistet ist. Wir brauchen dezentrale kleine Unterkünfte und zwar nicht nur in Stadtteilen, die strukturell unterfinanziert sind, sondern auch in reicheren Stadtteilen!

Überhaupt keine Lösung ist es, wie Sie es auf Bundesebene vorantreiben, Hamburgs Flüchtlinge außerhalb Hamburgs unterzubringen. In dieser großen, reichen Stadt ist genug Platz für alle! Fangen Sie doch einfach mal mit der Umwandlung leer stehender Bürogebäuden an, davon hat Hamburg unzählige. Denken Sie dabei auch an die Mindeststandards die endlich eingeführt und eingehalten werden müssen. Hamburg ist weiter vorn bei unzureichender Unterbringung. Wir sagen: ankommen, teilhaben und bleiben!" ...

Zum Thema Wohnen:

„Der Mangel an Sozialwohnungen in Hamburg ist weiterhin dramatisch. 270.000 Sozialwohnungen fehlen. Unzählige fallen aus der sozialen Bindung. Die Wohnkosten verschlingen mittlerweile rund 30 Prozent des Durchschnittseinkommens aller Haushalte, die armutsgefährdete Bevölkerung gibt dafür rund 50 Prozent aus. Rot-Grün will nicht mehr Sozialwohnungen schaffen. Bei der sogenannten „Mietpreisbremse" kommt der Senat nicht in die Hufe, selbst das SPD-CDU regierte Berlin hat sie zum 19.5.2015 umgesetzt. Die Zeche zahlen die MieterInnen. Und wenn sie nicht mehr zahlen können, fliegen sie aus ihren Wohnungen. Zwangsräumungen sind ja nicht unüblich in Hamburg.

Nicht zu reden von Strom- und Wasserabsperrungen – diese alltäglichen, lebensbedrohlichen Probleme Hamburger Bürgerinnen und Bürger kommen in Ihrer glitzernden Hamburg-weiter-vorn-Koalition einfach nicht vor. Dabei ist das eine soziale Katastrophe, die Sie verhindern können. Sie können, aber sie wollen nicht.

Auch hier heißt es Hamburg weiter vorn – beim Ignorieren der Wohnungsnot und der unbezahlbaren Mieten."...

Zum Thema Olympia

„Noch bevor der Koalitions-Vertrag abgesegnet wurde, wurde aus der ‚Ja, aber'-Meinung der Grünen ein euphorisches ‚Yes we can' zu einem Projekt, bei dem selbst die Regierung nicht abschätzen kann, wie viele Milliarden es die SteuerzahlerInnen kosten wird. ... Das Geld braucht die Stadt dringend an anderen Stellen.

Rot-Grün zwängt die Stadt in das Korsett der Schuldenbremse und schnürt die Fäden so eng bis die Rippen brechen. Sie können die Rippen ruhig heil lassen, denn finanzieller Spielraum ist genug da. 400 Millionen Euro Überschuss erzielte die Stadt im Jahr 2014, aber der Senat tilgt lieber nur Schulden, als in Schulen, soziale Infrastruktur, Armutsbekämpfung oder andere wichtige Bereiche zu investieren. Sie haben trotz Schuldenbremse die Möglichkeit, Investitionen zu tätigen, aber sie schnüren lieber fester, fester und fester – bis es knackt.

Mit dieser Kürzungs- und Sparpolitik schaffen Sie nicht die Rahmenbedingungen für die individuelle Entfaltung. Ganz im Gegenteil, Sie zerstören das, was noch übrig geblieben ist.

Gehen Sie vorsichtig um mit der jungen Hamburger Generation, die eine neue Solidaritätskultur auf der Straße und in den Klassenzimmern zum Ausdruck bringt. Behandeln Sie dieses neue solidarische Hamburg, das vor zehn Jahren noch anders war, wie ein Schatz. Ignorieren Sie nicht die neuen Vorstellungen und Ideen dieser Generationen, die sich in bitterer Kälte und bei Sonnenschein zum Beispiel für das Bleiberecht der Flüchtlinge einsetzen. Investieren Sie in diese Generation, damit sie auch die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung bekommt. Auch unsere Linie heißt:

Ein Hamburg für alle – sozialgerecht und solidarisch."

Cansu Özdemir
(eine der beiden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft)

Olympia in Hamburg

Mit Karacho ins Desaster?

Olaf Scholz nennt es das wichtigste Projekt für das nächste Jahrzehnt: Die Olympiade 2024 nach Hamburg zu holen. Und die Senatsmann- und frauschaft hat sich gefreut wie Teufel als sie gegen Berlin als die deutsche Bewerberstadt für die Olympiade ausgewählt wurden. Mit großen Tamtam, begleitet von den Hamburger Medien – allen voran das Hamburger Abendblatt mit einer Sonderberichterstattung über Wochen.

Wer hat eigentlich ein Interesse an den Olympischen Spielen in Hamburg? Das Hamburger Abendblatt verspricht sich Anzeigen und hohe Aufmerksamkeit als Provinzzeitung – ok. Die Hotels und die Tourismusindustrie versprechen sich mehr Umsatz – auch klar. Aber dann? Zwar finden es viele schick, Olympische Spiele nicht nur im Fernsehen anzusehen, sondern zumindest gefühlt live und direkt – die Karten werden sich die meisten allerdings kaum leisten können. Auch die Idee der Spiele fasziniert viele Menschen. Allerdings hat sich die Wirklichkeit von Olympia unter der Schirmherrschaft des Internationalen Olympischen Komitees zunehmend verschlechtert. Zum Schluss kommt immer noch folgendes Argument: Mit den Olympischen Spielen würden alle Sportstätten in Hamburg verbessert werden. Die Linke fordert stattdessen, diese Verbesserungen der Sportstätten lieber direkt anzugehen. Dann ist es günstiger und wird auch wirklich was. Das gleiche Argument gilt für die allgemeine Infrastruktur.

Wie hoch ist der Preis von Olympia? Wir leben in einer Stadt, in der der herrschende Senat seit Jahren mit der großen Argumentationskeule Schuldenbremse soziale und kulturelle Einrichtungen einschränkt und Tarifsteigerungen verweigert. Der Senat hat erst jetzt begonnen, konkrete Planungen für die Olympischen Spiele durchzuführen. Da gibt es einmal die hohen Kosten für die Sportstätten und Infrastrukturmaßnahmen, die nach den Spielen nur zum Teil weiter genutzt werden können. Zusätzlich werden Flächen benötigt, die den begrenzten Platz im Hamburg Hafen vor großen Herausforderungen stellt. Dies wird Arbeitsplätze kosten. Zusätzlich wird der Umzug der Hafenunternehmen besonders teuer werden, auch weil er so schnell durchge-

führt werden muss. Deshalb gehen seriöse Schätzungen von ca. zehn Milliarden Euro Kosten aus – allein für Hamburg. Das sind zehn Elbphilharmonien!!

Der Senat will zum Referendum über die Olympiade im November 2015 keine konkreten Aussagen über Kosten liefern, sondern macht lediglich vage Aussagen.

Proteste gegen Olympia: Die Linke fordert, Verbesserungen für Sportstätten lieber direkt anzugehen

Dabei hat er die Volksgesetzgebung in Hamburg eingeschränkt, damit folgende Kostenexplosionen ja nicht zum neuen Volksbegehren führen können.

Diese gegenwärtige Diskussion von Senat und den anderen Unterstützern erinnert fatal an die Anfänge der Elbphilharmonie. Alle haben ein tolles Gefühl, Hamburg wird Leuchtturm in der Welt, die Kosten bekommt man schon irgendwie in den Griff. Und man sollte doch auch den großen Wurf sehen. Aber wer weiß wirklich etwas Genaues?

Wir wollen die Entscheidung über Olympia auf die Füße stellen und fordern eine realistische Einschätzung gerade auch der Kosten für die Stadt.

Ein erstes Beispiel olympischen Irrsinns in Altona: Der Derbypark in Klein Flottbek kostet jetzt schon einmalig zehn Millionen „für weitere Großveranstaltungen und den olympischen Traum". Wenn der olympische Zuschlag erfolgt, verdoppelt sich die Summe. Nebenbei berichtete das Hamburger Abendblatt, geradezu begeistert habe die Delegation auf die Anregung reagiert, ein olympisches Dressurderby im Jenischpark nebenan zu organisieren. Auf der großen Wiese südlich des Jenischhauses, mit Elbblick, könnte ein Dressurviereck errichtet werden, mit Tribünen für zweimal 5.000 Zuschauer an den Seiten. Nach den Spielen würde alles komplett abgebaut (Hamburger Abendblatt, 15. 5.2015).

Das Ganze erinnert eher an ein Stück aus dem neoliberalen Tollhaus: Alle Erfahrungen mit olympischen Spielen der letzten Jahrzehnte in anderen Städten haben gezeigt, dass Olympia für das Leben in der Stadt massive Verschlechterungen mit sich bringt. Die einzigen, die wirklich gewinnen, sind die Immobilienspekulanten.

Die sogenannte Aufwertung der Stadt, von der Herr Scholz schwärmt, bedeutet für die Bewohnerinnen und Bewohner drastische Mietsteigerungen, Verteuerung in Cafés und Restaurants und letztlich Verdrängung aus ihren Stadtteilen.

Da sich die Stadt massiv verschuldet, wird es weitere Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich geben. Und nicht zu vergessen: wir werden es mit einem gravierenden Ausbau der Überwachung und der Kontrolle des öffentlichen Raumes zu tun bekommen.

Norbert Hackbusch (DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft)

Alle Rüstungstransporte durch den Hamburger Hafen verbieten!

Hinter dieser Forderung sind die Grünen bei den Verhandlungen um den Koalitionsvertrag weit zurück geblieben. Aber ganz wirkungslos waren unsere jahrelangen und beharrlichen Nachfragen in der Bürgerschaft und im Bundestag doch nicht.

Anfragen der Linksfraktion in der Bürgerschaft nach Rüstungstransporten durch den Hamburger Hafen ließ der Senat in den letzten Jahren größtenteils unbeantwortet. Selbst Zahlen zu Munitionstransporten, die als Gefahrengut gelten und deshalb im Hafen erhoben werden, wurden nur teilweise veröffentlicht, mit der lauwarmen Ausrede, man würde die Daten nur drei Monate aufbewahren. Dabei wäre es ein Leichtes für den Senat, umfassende Zahlen von den Bundesbehörden zu bekommen oder die Daten selbst zu sammeln. Das mussten wir dann halt übernehmen und haben regelmäßig die aktuellen Zahlen abgefragt, um einen Überblick zu bekommen.

Auch im Bundestag versuchen wir seit langem ein umfassendes Bild über die Waffenexporte in Hamburg zu bekommen. Und unsere Ausdauer hat sich endlich gelohnt! Im Januar haben wir zum ersten Mal umfassende Zahlen erhalten, und die haben es in sich. Der Hamburger Hafen ist offenbar eine der wichtigsten Drehscheiben für den deutschen Waffenhandel.

Protestaktion gegen Rüstungsexporte

Allein Panzerteile im Wert von 90 Millionen Euro wurden 2014 über den Hafen ins Ausland verschifft. Die Ausfuhren von Bauteilen für U-Boote und Kriegsschiffe lagen sogar bei 224 Millionen Euro. Auch vollautomatische Waffen gehörten zu den Exportwaren, die über den Hamburger Hafen ins Ausland gingen. Allein im vierten Quartal 2014 wurden Panzerteile im Wert von 30 Millionen Euro und U-Boot-Teile für 75 Millionen Euro per Schiff aus Hamburg transportiert. Auf das Jahr hochgerechnet werden somit jährlich Waffen und Waffenteile im Wert von 200 – 400 Mio. Euro über den Hamburger Hafen verschifft, wobei viele Rüstungsgüter dabei noch gar nicht mit eingerechnet sind. Der Senat in Hamburg schmückt sich gerne mit dem Image der weltoffenen, friedlichen Stadt. Doch der Waffenhandel über den Hafen steht in krassem Widerspruch dazu. Durch den Umschlag von Waffen und Rüstungsgütern trägt Hamburg zu Tod, Gewalt und Krieg in der Welt bei und profitiert sogar davon.

Aber mit dieser Ignoranz kommt der Senat nicht mehr weiter. Unsere hartnäckigen Fragen haben dafür gesorgt, dass die neue Koalition jetzt zumindest verspricht, für ein bisschen mehr Transparenz zu sorgen: „Damit in Hamburg selbst die Rüstungstransporte transparenter werden, setzen sich die beiden Koalitionspartner dafür ein, dass nachträglich regelmäßig über vorgenommene Rüstungsexporte berichtet wird, die über den Hamburger Hafen stattfinden." (Koalitionsvertrag S.113)

Wie diese Transparenz aussehen wird, werden wir natürlich genau verfolgen und gegebenenfalls auf die Umsetzung pochen. Doch Transparenz allein genügt nicht:

Wir bleiben dabei, Hamburg muss alle Rüstungstransporte durch den Hafen verbieten und bis dahin muss er als relevanter Aktionär von HHLA und Hapag Lloyd einen Verzicht dieser Unternehmen auf den Handel mit dem Tod durchsetzen.

Jan van Aken (DIE LINKE. Fraktion im Bundestag)

Griechenland

Euro-Stress: Aufschwung behindert, Geld verbrannt

Die Syriza-Regierung will die verheerende Kürzungspolitik beenden und eine tragfähige Lösung für die griechischen Staatsschulden finden. Sie will weg von immer neuen Krediten, um alte Schulden zu bedienen - denn die Griechenland-Rettung hat nicht griechische Krankenschwestern oder Rentner gerettet, sondern deutsche und französische Banken sowie Oligarchen. Etwa 90 Prozent der Griechenland-Kredite flossen an den Finanzsektor. Und: Wer wegen der Kürzungen kein Einkommen erwirtschaftet, kann Schulden nicht bedienen. Die alte Politik ist daher auch ein Betrug an den Steuerzahlern in Deutschland.

Syriza will seine Wahlversprechen aus eigener Kraft finanzieren. So kosten die Notmaßnahmen zur Versorgung der Ärmsten mit Strom und Lebensmitteln etwa 2 Milliarden Euro – über vier Jahre. Dies entspricht etwa den Gewinnen der Europäischen Zentralbank (EZB) aus Geschäften mit griechischen Staatsanleihen, die Athen zustehen.

EU-Kommission, Eurogruppe und die EZB wollen jedoch den Erfolg von Syriza verhindern. Sie setzen das griechische Finanzsystem gezielt unter Stress, damit Syriza nicht zum Regieren kommt und immer neue Löcher stopfen muss. Denn ein Erfolg von Syriza würde auch in Spanien oder anderen Ländern die alte Polit-Kaste von den Regierungsbänken fegen.

Die EZB akzeptiert keine griechischen Anleihen mehr als Sicherheiten. Damit schafft sie einen Bank- run in Zeitlupe. Dabei kann die EZB wegen ihres Euro-Monopols nicht pleitegehen. Die EZB hat zudem bei Ausbruch der Krise jeden Schrott von Banken als Sicherheit akzeptiert. Griechische Banken hängen nun

Der griechische Widerstandskämpfer Manolis Glezos (93 Jahre) mit einer kämpferischen Rede auf der 1. Mai-Kundgebung in Hamburg. Er sitzt als Abgeordneter für Syriza im europäischen Parlament.

voll an der kurzen Leine. Sie müssen sich über die teurere Notfall-Liquidität (English: emergency liquidity assistance, ELA) finanzieren und täglich fließt Geld ab – auch ins Ausland.

Griechenland braucht „Strukturreformen" - aber andere. Etwa eine funktionierende öffentliche Verwaltung, einen gerechten Steuervollzug und öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Industrie. Die Eurogruppe ist jedoch kein ehrlicher Makler: Sie lehnt die Reformen Athens permanent ab, ohne zu sagen, was sie will. Der Chef der Eurogruppe –Jeroen Dijsselbloem – sorgt als niederländischer Finanzminister sogar dafür, dass über holländische Briefkastenfirmen der griechische Staat um Steuern geprellt wird.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) sagt zu Recht: Es muss einen Schuldenschnitt geben. Doch die Bundesregierung will die Bevölkerung weiter täuschen, weil sie ihr Geld für die Banken verbrannt hat. Der permanente Euro-Stress der Eurogruppe verhindert Vertrauen und somit Aufschwung in Griechenland. Die Eurogruppe will Kapitulation und eine Fortsetzung der gescheiterten Politik: So wird der Euro früher oder später zerbrechen, denn den Preis von Merkel und Co. – die Zerstörung von Wirtschaft, Gesundheitssystem, sozialem Netz und der Zukunft der Jugend – wird die Bevölkerung irgendwann nicht mehr zahlen.

Fabio De Masi (DIE LINKE, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments)

Hingeschaut

Wie lebt es sich in einer Wohnunterkunft im Bezirk Altona?

Menschen die keine Wohnung mehr haben und deren Einkommen die Pfändungsfreigrenze (aktuell 1.049,99 Euro für eine alleinstehende Person) nicht übersteigt, haben einen Anspruch auf öffentlich-rechtliche Unterbringung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit. Die Unterbringung erfolgt in Ein- und Zweibettzimmern. Die Zuweisung erfolgt über die Fachstelle für Wohnungsnotfälle des jeweiligen Bezirkes. Betrieben werden die Wohnunterkünfte von dem Unternehmen „fördern und wohnen“, einer Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Hamburg.

Dieser Artikel beschreibt das Leben in einer Wohnunterkunft für Frauen im Bezirk Altona. Eine Verwaltungsfachkraft und eine Sozialarbeiterin kümmern sich um die Frauen. Eine Kleiderkammer gibt es auch.

Die Frauen bewohnen Einzelzimmer oder Zweibettzimmer, möbliert mit Bett, Schrank, Tisch und Stuhl, einem Kühlschrank und einem Waschbecken mit kaltem Wasser. Die Verweildauer in einer Unterkunft ist nur vorübergehend gedacht, bis Frau – meistens mit Unterstützung der Fachstelle für Wohnungsnotfälle und der Dringlichkeitsbestätigung – eine eigene Wohnung gefunden hat. Zu wohl fühlen soll sie sich in der Unterkunft nicht, deshalb gibt es auch kein warmes Wasser am Waschbecken.

Es gibt für die ca. 20 Frauen auf einer Etage eine Gemeinschaftsküche mit zwei Herden, zwei Spülbecken und einer Sitzecke. An sanitären Anlagen gibt es zwei Duschkabinen und eine Kabine mit Badewanne. Die Toiletten sind abschließbar und je fünf bis sechs Frauen haben den Schlüssel für dieselbe Toilette.

Aus welcher Situation heraus finden Frauen Aufnahme in einer Wohnunterkunft?

Wenn die Wohnung durch den Vermieter gekündigt wird und Frau nicht rechtzeitig eine neue Bleibe findet.

Wenn die Miete aufgrund veränderter Lebensumstände nicht mehr bezahlt wird, z.B. wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit und es zur Zwangsräumung kommt.

Wenn Frau ihren Partner verlässt oder von diesem vor die Tür gesetzt wird.

Wenn Frau nach längerem Auslandsaufenthalt in ihre Heimat zurückkommt und hier keine Wohnmöglichkeit mehr hat.

Wenn die alte Wohnung schon gekündigt ist und der Einzug in die neue sich verzögert.

Wenn Frauen, die auf der Straße gelebt haben sich an das Amt wenden und um eine Zuweisung in eine Wohnunterkunft bitten.

Die Ausstattung in Wohnunterkünften ist häufig karg

Gedacht ist die Verweildauer bei „fördern und wohnen“ als eine vorübergehende, für einige Frauen ist hier allerdings Endstation. Für die Frauen, die als nicht fähig eingestuft werden, in einer eigenen Wohnung zu leben, wird die Wohnunterkunft zum Daueraufenthalt. Sie wohnen dann in einem Einzelzimmer, auf unbestimmte Zeit.

Schicksale einiger Bewohnerinnen:

Frieda, die älteste Bewohnerin wohnt hier schon seit mehr als 30 Jahren. Damals wurde sie zwangsgeräumt und ihre Möbel versteigert. Hier bewohnt sie nur ein kleines Zimmer, aber sie ist stolz darauf, dass sie das von ihrer kleinen Rente selbst bezahlen kann. In eine eigene Wohnung ziehen und vom Amt „aufgestockt“ werden, das möchte sie nicht. Sie freut sich auch über die Ansprache, die sie durch ihre Mitbewohnerinnen hat

Früh morgens steht sie schon auf dem Flur und spricht die Frauen an, die aus ihren Zimmern kommen. Frieda freut sich auch über Schnäppchen aus der Kleiderkammer.

Cora war mal eine erfolgreiche Geschäftsfrau, bevor sie schwer krank wurde und immer weiter abstürzte. Zwei Jahre war sie obdachlos und lebte auf der Straße. Nach einem Krankenhausaufenthalt wurde sie in einem Zimmer in der Unterkunft bei fördern und wohnen untergebracht. Zu ihren Kindern besteht kaum noch Kontakt.

Gegen die Einsamkeit wusste sich die Psyche von Cora zu helfen: sie kreierte einen Magier, der Cora zur Seite steht und über sie wacht und sie beschützt. Diesen Magier, der nicht körperlich anwesend ist, bezeichnet Cora als ihre unsichtbare große Liebe. So ist sie wenigstens nicht mehr so allein.

Nicki erzählt gerne von ihrem glücklichen Leben. Es sei ihr sehr gut gegangen, bis sie eines Tages von Feen verfolgt worden sei, die waren hinter ihr her, mit kleinen spitzen Zähnen, wie Vampire.

Irgendwann seien die dann in ihren Kopf eingedrungen und hätten sie krank gemacht.

Linda hat oft Streit mit anderen Frauen. Als Rache fand sie eines Tages einen (schon stinkenden) Fischkopf auf ihrer Türklinke stecken, als sie von einem Ausflug wieder zurückkam.

Karla ist alkoholkrank und kommt manchmal tagelang nicht aus ihrem Zimmer. Sie kauft säckeweise Kleidung in der Kleiderkammer ein, bis sich die Klamotten in ihrem Zimmer bis unter die Decke stapeln und dann vom Hausmeister entsorgt werden müssen.

Karen hat sehr schlechte Zeiten erlebt und nicht genug zum Essen gehabt. Dem beugt sie hier vor, indem sie Lebensmittel hortet und so viele Sonderangebote auf einmal einkauft, dass sie unter dem Gewicht ihrer Einkaufstüten schon das ein oder andere Mal zusammengebrochen ist. Hilfe beim Tragen ihrer Tüten lehnt sie aber jedes Mal empört ab. Die Lebensmittel kann sie gar nicht auf einmal verbrauchen, vieles wird dann leider schlecht.

Elvira gibt sich als Dame von Welt. Sie beschwert sich darüber, wo sie hier gelandet sei und erzählt von ihrer schicken Wohnung, die sie vor ihrer Verbringung in die Wohnunterkunft bewohnt hat. Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände, durch die sie viel Geld verloren hatte sowie dem Tod ihres Lebensgefährten konnte sie ihre Miete nicht mehr bezahlen.

Sie hatte solange ihre veränderte Lebenssituation verdräng, bis es zur Zwangsräumung kam. Als sie sich weigerte, ihre Wohnung zu verlassen, wurde sie mitten im Winter nur mit Nachthemd, Bademantel und Hausschuhen bekleidet in die Unterkunft gebracht.

Lisa ist gelernte Krankenschwester und beginnt demnächst eine Umschulung zur Kauffrau im Gesundheitswesen. Ein Mitschüler ihrer vorbereitenden Maßnahme zur Umschulung hatte sie nach dem Unterricht in seinem Auto mitgenommen und nach Hause gefahren. Er fragte sie während der Fahrt, ob es das Frauen-Wohnheim noch gäbe, ja, antwortete sie ihm, da wohne sie.

Das Zusammenleben der sehr unterschiedlichen Frauen in der Unterkunft ist nicht einfach. Alle Frauen sind durch ihre Lebenssituation stark belastet. Streitigkeiten eskalieren schnell und es kommt zu lautstarken Auseinandersetzungen und leider auch zu Körperverletzungen. Einige Frauen achten nicht mehr auf sich und vernachlässigen ihre Körperhygiene. Eine Bewohnerin ist stolz darauf, sich seit zehn Jahren nicht mehr die Haare gewaschen zu haben, die lang und verfilzt sind. Von einigen Bewohnerinnen wird das, was sie nicht mehr brauchen, statt im Müll entsorgt auch mal aus dem Fenster geworfen oder geschüttet. Pech, wenn eine Bewohnerin da gerade aus dem geöffneten Fenster guckt und die Frau über ihr sauer gewordene Milch aus dem Fenster schüttet.

Hinter jeder Störung verbirgt sich ein Schicksal. Die Frauen, die hier eine Unterkunft bekommen, befinden sich akut in einer schwierigen Lebenssituation bzw. Krise. Viele Frauen haben Schweres durchgemacht und schlimme Schicksalsschläge erlitten. Da verschwimmen die Grenzen, was normal ist und was nicht.

Anja Szibalski

Um die Anonymität der Frauen zu gewährleisten, wurde die Wohnunterkunft nicht benannt.

Die Einheitsgemeinde in Hamburg – und warum sie weg muss

Die Einheitsgemeinde wurde von den Nazis 1937 als Verwaltungsstruktur nach dem Führerprinzip für Hamburg beschlossen und 1938/39 umgesetzt. Dies bedeutete, dass sämtliche kommunalen Belange in die Entscheidungshoheit des Senats und seinen Behörden überging. Die bis dahin im Stadtstaat Hamburg eigenständigen Städte Bergedorf und Cuxhaven (Amt Ritzebüll) verloren neben einigen Gemeinden wie Moorburg ihre Selbstständigkeit. Ebenso erging es den bis dahin selbständigen preußischen Städten Altona, Wandsbek und Harburg, die nach dem Großhamburg-Gesetz eingemeindet wurden (Harburg im Tausch gegen Cuxhaven). Diese Verwaltungsstruktur wurde nach dem Krieg von dem zunächst eingesetzten und dann gewählten Ersten Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer (SPD), eins zu eins gegen Widerstände vor allem aus Altona und Harburg übernommen.

Die Bezirke sind seither Teil der staatsunmittelbaren Verwaltungsuntergliederung und keine unterstaatlichen Gebietskörperschaften; Träger der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie ist Hamburg als Ganzes, nicht etwa seine Untergliederungen. Die Bezirke sind keine selbstständigen Gemeinden, der Grundsatz der Einheitsgemeinde schließt dies aus. Eine klagefähige, der kommunalen Selbstverwaltungsgarantie vergleichbare subjektive Rechtsposition steht den Bezirken nicht zu. Die Bezirksverwaltungen sind vielmehr in der Durchführung ihrer Aufgaben an Rechts- und Verwaltungsvorschriften gebunden und unterliegen neben der allgemeinen Bezirks-, also Rechtsaufsicht, im Einzelfall weiteren fachrechtlichen Eingriffen seitens des Senats.

Die Bezirksversammlungen sind hierbei Verwaltungsausschüsse, die – obwohl direkt vom Volk gewählt – lediglich eine beaufsichtigende Funktion gegenüber den Bezirksämtern haben, andererseits gegenüber dem Senat und seinen Fachbehörden nur Empfehlungen aussprechen können, die jederzeit vom Senat außer Acht gelassen werden können. Sei es durch Evokation, durch die Zurückweisung von eingeleiteten Bebauungsplänen in Form der nicht gewährten Grobabstimmung oder durch die Einrichtung von Vorbehaltsgebieten, die der bezirklichen Planungshoheit vollständig entzogen werden. Gleiches gilt für Bürgerentscheide, die rechtlich Beschlüssen der Bezirksversammlungen gleichgeordnet sind. Angesichts des Umstandes, dass die sieben Hamburger Bezirke mit durchschnittlich einer Viertelmillion EinwohnerInnen Großstädten entsprechen, aber nicht einmal die kommunalen Selbstverwaltungsrechte wie Gemeinden mit tausend EinwohnerInnen haben, erscheint dieser Zustand ebenso grotesk wie undemokratisch.

Entgegenwirkende Argumentationen wie die Sorge vor der Zerschlagung Hamburgs durch Kleinstaaterei usw. wirken eher vorgeschoben, wenn man die Realität der kommunalen Selbstverwaltung in Flächenstaaten betrachtet, die grundgesetzliche Fragen ebenso ausklammert wie landesbezogene Aspekte (Hafen, Flughafen, Nahverkehrsnetz usw.)

Vor diesem Hintergrund unterstützt der Bezirksverband der Linken in Altona die Volksinitiative zur Abschaffung der Einheitsgemeinde durch eine hierfür erforderliche Änderung der Hamburgischen Verfassung.

Robert Jarowoy
(Planungspolitischer Sprecher DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona)

Kommentar zum NSU-Skandal und NPD-Verbot

Schnee von gestern...?

Es ist nicht lange her, dass demokratisch gesinnte Menschen und Politiker/-innen aller Bundestagsparteien betroffen, schockiert und empört reagierten, nachdem drei Nazis des faschistischen Netzwerks NSU jahrelang Menschen im ganzen Bundesgebiet planmäßig und unbehelligt ermordet hatten. Eine besonders unrühmliche Rolle spielten dabei die Verfassungsschutzämter und Polizeidienste. Die einen deckten und finanzierten ihre „Quellen", behinderten und verhinderten allem Anschein nach Ermittlungen, und die anderen glaubten über viele Jahre, man hätte es mit Morden zu tun, die in einem mafiösen Zusammenhang zu betrachten wären.

Es wurde seither viel diskutiert und einiges versprochen, doch im Grundsatz änderte sich nur wenig. Nach wie vor machen Geheimdienste, was sie wollen. Sie lassen sich kaum kontrollieren und in manchen Bundesländern geht es weiter wie gehabt. Die Länder können sich nur schwer auf eine stärkere Reglementierung der Geheimdienstarbeit einigen.

Die Landesregierungen hatten noch unter dem Eindruck der Geschehnisse und Versäumnisse im Zusammenhang mit den Morden Beweismittel zusammengetragen und vor kurzem neue angekündigt, um ein Verbot der NPD zu erwirken. Doch trotz aller Versicherungen, darauf zu achten, nicht auf Schriftzeugnisse und Aktionen zurückzugreifen, anderen Zustandekommen und Verwirklichung auch sogenannte V-Männer entscheidend beteiligt waren, kann niemand sicher sein, dass dies auch gelungen ist. Das Verbotsverfahren gegen die faschistische NPD droht zu scheitern.

Es ist auch nicht klar, ob das Netzwerk NSU endgültig zerschlagen ist oder sich unter neuem Gewand reorganisiert hat. Fakt ist, dass faschistische Organisationen und Gruppen ein halbes Jahr nach der Aufdeckung der NSU-Morde wieder aus ihrer Deckung kamen und seither ausgesprochen aktiv agieren. Sie trauen sich wieder und werden darin zumindest zeitweise bestärkt. Die HOGESA- und PEGIDA-Aufmärsche werden bzw. wurden von ihnen personell, ideell und materiell unterstützt. Ein erheblicher Teil der Mitglieder der Partei „Alternative für Deutschland" arbeitet mit ihnen in diesen Bündnissen zusammen oder hat zumindest nichts dagegen, dass es geschieht. Sie sehen in den Nazis offenbar Verbündete, ohne es laut aussprechen zu wollen. Nicht nur deshalb steht die AfD vor der Spaltung.

Nazis machen überall dort mobil, wo Flüchtlinge aus den Krisengebieten der Welt in Ortschaften untergebracht werden sollen und in denen sie über Mitglieder bzw. „Kameraden" sowie über eine funktionierende Struktur verfügen. Mit Demonstrationen, Kundgebungen und auf ihren Websites versuchen Faschisten im ganzen Bundesgebiet, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Und das offensichtlich mit Erfolg. Nicht selten marschieren viele Bürgerinnen und Bürger mit, die zwar keiner faschistischen Partei angehören, aber fremdenfeindliche Vorurteile und Überzeugungen hegen.

In Escheburg bei Hamburg hatte ein bis dahin politisch unauffälliger Beamter in einer Doppelhaushälfte Feuer gelegt. Dort sollten bald irakische Flüchtlinge wohnen. Der Täter – er hatte die Brandstiftung gestanden – wollte so seine Familie vor einer Bedrohung schützen, die seiner Meinung von diesen irakischen Männern ausgehen würde. Er habe gemeinsam mit weiteren NachbarInnen dagegen protestiert und sogar den Bürgermeister des Ortes mit der Forderung angeschrieben, dort keine Unterkunft für Flüchtlinge vorzusehen. Er wurde inzwischen vom Landgericht Lübeck zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Er war zum Zeitpunkt der Tat absolut davon überzeugt, so handeln zu müssen. Was treibt jemanden dazu, in Flüchtlingen zuallererst Kriminelle zu sehen, von denen generell eine Gefahr ausgeht? Bezeichnend waren die Worte der Richterin in ihrer Urteilsbegründung, wonach der Täter mit keinem Wort erwähnt habe, dass ihm die Flüchtlinge leid tun würden.

In Weimar überfielen rund 40 Nazis am 1. Mai eine Gewerkschaftskundgebung, verletzten unter anderem den Bürgermeister, der sich ihnen mutig entgegenstellte, und brüllten rechtsradikale Parolen. Kürzlich nahm die Polizei in mehreren Städten Nazis fest, darunter in Augsburg den Rädelsführer, die der Gruppierung „Oldschool Society" angehören und wohl davorstanden, einen Anschlag auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen oder Salafisten vorzubereiten. Die Bundesanwaltschaft ermittelt derzeit gegen neun Personen, die der OSS angehören. Am 7. Mai durchsuchte die Berliner Polizei die Wohnungen von drei Neonazis, die zusammen die Hip-Hop-Band „A3Stus" bildeten und einen eigenen antisemitischen, volksverhetzenden Song ins Internet gestellt hatten. Die Liste der rassistisch motivierten und der faschistischen Taten ließe sich beliebig fortsetzen. Sie alle machen deutlich, dass die neonazistische Szene aktiv ist und für ihre politischen Ziele in der Bevölkerung mehr Unterstützung findet, als es der Gesellschaft recht sein darf.

Die Innenminister der Bundesländer wiesen im Dezember 2014 daraufhin, dass die rechtsextremen Parteien, Organisationen und Gruppen wieder einen erheblichen Zulauf erfahren würden und die Zahl der Demonstrationen und Kundgebungen, der rechtsradikalen Konzerte, der Verteilungen, der Übergriffe und der Anschläge stark zugenommen habe.

Nun jährte sich zum siebzigsten Mal die Befreiung der Menschen, die in Konzentrationslagern wie Auschwitz gequält worden waren und in denen Millionen ihrer Leidensgenoss/-innen umgebracht worden waren, und am 8. Mai die Befreiung vom Faschismus. Viele Berichte im Fernsehen, im Radio, auf Websites, in Zeitungen und Zeitschriften gingen sehr ausführlich und mit klaren Haltungen auf diese Zeit und auf die Geschehnisse ein. Trotzdem bleiben viele Bundesbürger/innen Bundesbürger erschreckend unwissend in Bezug auf die faschistische Vergangenheit Deutschlands. Verfolgung, Unterdrückung, Folter und Massenmord – darüber hat man irgendwie gehört, doch all das scheint weg und viele Menschen können keinen Bezug zu heute herstellen – oder negieren ihn schlicht.

Leider hat die Hamburgische Bürgerschaft die Gelegenheit verpasst, dagegen ein eindeutiges Zeichen zu setzen, dass weltweit große Beachtung gefunden hätte. DIE LINKE hatte im Landesparlament den Antrag gestellt, den 8. Mai als Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft künftig zum gesetzlichen Gedenk- und Feiertag zu erklären. Die Bürgerschaft lehnte diesen Antrag mehrheitlich ab.

Es bleibt noch viel zu tun!

Volker Vödisch

Bilderrätsel

Auflösung Bilderrätsel aus der ALiNa Nr. 6:

„Wem gehört die Hand?"

Auflösung:

Natürlich, es war die Hand der sitzenden Bronze-Frau am Spritzenplatz!

Aber ratet ihr das? Was ist das? Und wo gibt es das in Altona?

Bücherkiste Links

Der subjektive Faktor in der Übergangsgesellschaft

Welcher linksorientierte Mensch wurde noch nicht von Verzweiflung gepackt, wenn er wieder einmal den Leuten dabei zusehen musste, wenn sie genau das taten, was sie laut Erich Kästner nie hätten tun sollen, nämlich von dem Kakao noch zu trinken durch den man sie zog.

Das gerade bei VSA neu erschienene Buch des Soziologen, Psychologen und Pädagogen Harald Werner hilft dieses Verhalten zu verstehen, indem er die subjektive Seite der gesellschaftlichen Prozesse untersucht und das Verhältnis Basis-Überbau von der undialektischen Sicht, das eine sei dem anderen übergeordnet, befreit und es als das wieder einsetzt, was Marx meinte, nämlich dass es die menschliche Praxis ist, in der sich das Bewusstsein entwickelt.

Nachdem das geklärt ist und man über die Zusammenhänge von Interesse-Bedürfnis-Motivation-Handlung gelesen hat, fragt man sich wieso man selber eigentlich anders geworden ist als es der Neoliberalismus für einen Angehörigen der lohnabhängigen Klasse vorgesehen hat und wird auch da bei Harald Werner fündig. Erweiterte Handlungsfähigkeit heißt das Zauberwort. Wer wissen will, wie sie entsteht, sollte das Buch lesen. Und wer immer wieder genervt ist, wenn in Gruppen, jemand einen längst klaren Sachverhalt, auch noch mal wiederholen muss, wird sich in Zukunft an das Kapitel „Sprechen und Denken" erinnern, nun aber als ein geduldiger, verständnisvoller Wissender. Der Titel des Buches ist erklärungsbedürftig. Eigentlich sollte ein Titel das Buch erklären. Hier ist es umgekehrt. Hat man das Buch gelesen, versteht man auch den Titel. Grundlage ist die marxistische Dialektik und die Kritische Psychologie als Teil der marxistischen Gesellschaftstheorie. Im letzten Drittel befasst sich der Autor unter der Überschrift „Individuum und Organisation" damit wie sich Politik in sozialpsychologischen Prozessen organisiert.

Manches kommt uns schmerzlich vertraut vor. Doch die spürbar humanistische Grundstimmung des Autors hilft, zu verstehen. Am Ende des Bandes erinnert Harald Werner an „Die Kraft des utopischen Denkens." Ernst Bloch hätte es gefreut.

Diesem Buch ist zu wünschen, dass es seine Leser findet. Wenn es auf Leser trifft, die bereit sind, kann es seine emanzipatorische Wirkung entfalten. Dieses Bereitsein aber ist keine willkürliche Entscheidung des Bewusstsein, sondern das Ergebnis menschlicher Praxis.

Harald Werner
Politische Psychologie des Sozialismus
VSA 2015, 176 Seiten
16,80 Euro

vorgestellt von Heinz-Dieter Lechte

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat,
um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat,
um 19:00 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat,
um 18:00 Uhr im Rathaus Altona
Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg Fachforum der Linken

Jeden zweiten Mittwoch im Monat,
um 19:15 Uhr in der Geschäftsstelle
der Bürgerschaftsfraktion
Buceriusstraße 2 (Haus am Domplatz),
20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat,
um 19.30 Uhr im Bürgertreff Altona-Nord
Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de / Horst Schneider,
horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat,
um 19.30 Uhr im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook),
22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat,
um 19.30 Uhr im Stadtteilhaus Lurup (Lesecafé),
Böverstland 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 · 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Impressum:

Redaktion: Hasan Burgucuoglu, Irfan Cüre, Metin Kaya, Marlit Klaus, Heinz-Dieter Lechte, Nico Scharfe, Volker Vödisch
V.i.S.d.P.: Beate Reiss · Am Felde 2 · 22765 Hamburg
Gestaltung: Karin Desmarowitz · www.karindesmarowitz.de
Fotos:
Karin Desmarowitz (S. 7 oben, 10, 11, 12, 16) · DIE LINKE (S. 9, 14 unten) · Eckard Fey (S. 7 Mitte)
Uwe Hicksch/CC BY-NC-SA 2.0. (S. 14 Olympia) · Marlit Klaus (Titel, S. 2, 3, 4, 6, 8, 19 Rätsel)
Günther Pingel (S. 5) · Reinhard Schwandt (S. 15)